



Turning the Perspective **Overcoming Helplessness**

Rethinking Security Report 2022

Sicherheit Neu Denken

18. Februar 2022

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary	3
1 Einleitung: Das Blatt wenden – Hilflosigkeit überwinden	6
Münchener Sicherheitsindex 2022	7
2 Aus Afghanistan lernen	8
3 Mali und die Sahelzone: Fragen des Engagements	16
4 Horn von Afrika: Zivile Krisenintervention in hoch eskalierten Konflikten	22
5 Osteuropa: Eine neue Sicherheitsarchitektur für Europa	25
6 Globale Ungleichheit überwinden	29
7 Den Mythos der Wirksamkeit von Gewalt überwinden	30
8 Sicherheit neu denken	36
Food for Thought	41
Fehler-Offenheit	46
Fußnoten	47

Executive Summary

Der Munich Security Report 2022 beschäftigt sich mit dem aus der stetig anwachsenden Flut sich wechselseitig verstärkender Krisen erwachsenden Gefühl "kollektiver Hilflosigkeit" und regt die Debatte darüber an, wie wir den empfundenen Kontrollverlust überwinden können.¹

Der Rethinking Security Report 2022 greift die Analyse des Munich Security Reports auf und regt zur Überwindung des aktuellen Kontrollverlusts einen Perspektivwechsel an, der das Scheitern militärisch geprägter Sicherheitspolitik anerkennt und für einen Paradigmenwechsel hin zu Ziviler Sicherheitspolitik optiert.

Das von Prof. Dr. Hanne M. Birckenbach im Rahmen der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung entwickelte Konzept der Friedenslogik als Extrakt wesentlicher Erkenntnisse der Friedens- und Konfliktforschung empfiehlt die Überwindung herkömmlicher Freund-Feind-Denkmuster (Die Problemgenese wird exklusiv jeweils der anderen Seite zugeschrieben) als Ursache für selbstverschuldetes Scheitern und das Prinzip Reflexivität zur Überwindung sich wiederholender Misserfolge.

Das Konzept gibt im Unterschied zur militärischen Sicherheitslogik überzeugende und grundlegend andere Antworten auf die Fragen: „Was ist das Problem? Wodurch ist das Problem entstanden? Wie wird das Problem bearbeitet? Wodurch wird eigenes Handeln gerechtfertigt? Wie wird auf Scheitern und Misserfolg reagiert?“ Dieses Modell kann dabei helfen, Politiken zu analysieren und jene Wege der gewaltpräventiven Konflikttransformation zu einem nachhaltigen Frieden zu finden, die aus der im MSC Report festgestellten Hilflosigkeit herausführen. (Kapitel 1)

Praktisch keine der von der deutschen Bevölkerung – relativ in Übereinstimmung mit dem Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik 2016 sowie den Leitlinien der Bundesregierung zur Krisenprävention 2017 – benannten relevanten Sicherheitsrisiken lassen sich mit Instrumenten militärischer Sicherheitspolitik lösen. (Münchener Sicherheitsindex 2022)

Daher plädiert das Szenario und die Initiative Sicherheit neu denken für einen klaren Paradigmenwechsel von militärischer zu ziviler Sicherheitspolitik inklusive einer Umwidmung bisher vorgesehener finanzieller Investitionen in Höhe von bis zu 80 Mrd. Euro jährlich (2 % unseres BIPs ab dem

Jahr 2030) vom Verteidigungshaushalt in Bereiche Ziviler Sicherheitsvorsorge und Krisenintervention.

Schon die Mega-Evaluation des BMZ zu Afghanistan aus dem Jahr 2020 warnte unter der Überschrift „Werden wir jemals lernen?“ vor dem Fortschreiben des bisherigen Fehlschlusses „Mehr vom Alten hilft mehr“. Die Mega-Evaluierung 148 internationaler Studien zur zivil-militärischen Intervention in Afghanistan seit 2002 konstatierte eindeutig: „Wir sollten akzeptieren, dass vieles von dem, was wir gern erreichen möchten, nicht eher funktioniert, bis es eine politische Konfliktlösung gibt. Ohne diese Voraussetzung befeuert externe Hilfe aus vielfältigen Gründen oftmals sogar die vorhandenen Konflikte.“ (Kapitel 2)

Die globale Studie "Wie Frieden gewonnen wird - von zivilem Widerstand zu dauerhafter Demokratie" weist zivilen Widerstand als Schlüsselfaktor bei 50 von 67 Transformationen autoritärer Staaten zwischen 1972 und 2005 nach. Demzufolge ist auch in Mali und der Sahelzone die Unterstützung gewaltfreier statt gewaltbewehrter Akteur*innen erfolgversprechend.

Levinia Addae-Mensah vom West Africa Network for Peacebuilding formulierte auf der Jahrestagung des Beirats der Bundesregierung für Zivile Krisenprävention und Friedensförderung am 2.10.2020 klare Anforderungen zur Lösung der Krisen im Sahel. Laut des in Mali aktiven und sehr gut vernetzten Zivilen Friedensdienstes EIRENE benötigt Mali

- Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungen,
- gerechte Verteilung von Ressourcen und
- gewaltfreie Bearbeitung von Konflikten. (Kapitel 3)

Erfahrungen aus Somalia, Kenia und Indien belegen die nachhaltige Wirksamkeit ziviler Kriseninterventionen auch in hoch eskalierten Konflikten. So konnten in Nordsomalia nach der erfolglosen internationalen Militärintervention seit 1995 durch von Europa unterstützte gewaltfreie AkteurInnen stabile demokratische Verhältnisse geschaffen werden - mit wiederholten gewaltfreien Regierungswechseln und hoher allgemeiner Sicherheit für die Bevölkerung.

In Wajir, einem Distrikt im Nordosten Kenias, kam es zwischen 1991 bis 1993 in einer Zeit extremer Trockenheit und Dürre zu einer Gewaltexplosion. Inzwischen leben die Menschen in einem Zustand relativer Sicherheit und relativen Friedens.

Auch im langjährigen Bürgerkriegsland Zentralafrikanische Republik etabliert sich u.a. mit Hilfe deutscher Unterstützung in stetiger Kommunikation mit Vertreter*innen der Zivilgesellschaft eine zivil-polizeiliche Sicherheitsarchitektur, die zur Aufnahme des Landes in die Empfängerliste strukturbildende Übergangshilfe geführt hat. (Kapitel 4)

Dr. Christine Schweitzer vom Bund für Soziale Verteidigung hat am 8.2.2022 auf 15 Seiten einen perspektivreichen Überblick „NATO-Ukraine-Russland: Situation und Auswege aus der Sackgasse“ mit wichtigen Argumenten und Fakten zusammengestellt, das zahlreiche konkrete Vorschläge aufführt, die zur friedlichen Überwindung der Krise von verschiedenen Seiten gemacht worden sind.

Mitglieder der AG Friedenslogik der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung haben am 15.2.2022 eine Stellungnahme „Für konsequent friedenslogisches Handeln im Ukraine-Konflikt“ veröffentlicht. (Kapitel 5)

Das Szenario Sicherheit neu denken zeigt beispielhaft auf, wie durch einen Paradigmenwechsel von militärischer zu ziviler Sicherheitspolitik bisher fehlende Mittel allein in Deutschland in Höhe von jährlich über 70 Mrd. Euro zur Überwindung der globalen Ungleichheit freigesetzt werden könnten. (Kapitel 6)

Der Mythos nachhaltiger Wirksamkeit militärischer Interventionen hält sich hartnäckig - trotz offensichtlich gegenteiliger Erfahrungen und Studienergebnisse. Dabei zeigen zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen, dass die Wirksamkeit von Militäreinsätzen im Ausland zur Erreichung langfristiger politischer Ziele sehr gering bis kontraproduktiv ist.

Der überzeugendste Beweis für die Sinnlosigkeit des Einsatzes militärischer Gewalt zur Überwindung weltweiten Terrors ist die Zahl von 130.000 (!) US-Soldat*innen, die sich nach ihrer Rückkehr aus den Kriegseinsätzen in Afghanistan und im Irak seit 2001 in den USA selbst getötet haben.

„Fanatismus lässt sich nicht mit militärischer Überlegenheit und Drohenschlägen bekämpfen“ bilanzierte schon tagesschau.de zum 11.09.2021. „Wir wissen, dass militärische Strategien gegen den Terror eher konfliktverschärfend wirken, und wir wissen auch, dass humanitäre Missionen oder Missionen, die entwicklungspolitische Ziele haben, langfristig auch gegen terroristische Gruppen wirken können.“ bilanziert Prof. Dr. Ursula Schröder vom IFSH den Afghanistaneinsatz.

"Mit militärischen Mitteln kann der islamistisch inspirierte Terrorismus nicht nachhaltig eingedämmt werden. Der militärisch geführte »Anti-Terror-Krieg« hat eher zur Erosion völker- und menschenrechtlicher Normen sowie zur Unglaubwürdigkeit des Westens als Wertegemeinschaft beigetragen. Erforderlich sind demgegenüber diplomatisch-politische, polizeilich-juristische, entwicklungspolitische sowie integrations- und kulturpolitische Herangehensweisen und Methoden." bilanzierten schon 2010 Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK).

Wie der MSC Report 2022 zeigen auch zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen zur Dysfunktionalität von Gewalt, dass die Wirksamkeit von Militäreinsätzen im Ausland zur Erreichung langfristiger politischer Ziele sehr gering bis kontraproduktiv ist. Die Studie "Why civil resistance works" weist nach, dass zivile Konflikttransformation zur Überwindung von Diktaturen weltweit doppelt so erfolgreich ist als der Einsatz von Gewalt. Auch zahlreiche Beispiele des Forums Crisis Prevention veranschaulichen die Wirksamkeit internationaler ziviler Krisenprävention. (Kapitel 7)

Das Szenario „Sicherheit neu denken – von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik 2040“ zeigt auf, wie die vom Munich Security Report 2022 beschriebenen scheinbar aussichtslosen Konfliktlagen durch einen konsistenten Paradigmenwechsel deutscher und europäischer Politik von militärischer zu ziviler Sicherheitspolitik nachhaltig und friedlich transformiert werden können. (Kapitel 8)

1

Das Blatt wenden – Hilflosigkeit überwinden

Mit Bezug auf das vom MSC Report 2022 zitierte Experiment von Dr. Martin Seligmann empfiehlt die kanadische Berateragentur Psychology Compass zur Überwindung erlernter Hilflosigkeit („Overcome Learned Helplessness“) u.a. den Perspektivwechsel bei der Erklärung der Ursache von Ereignissen in Richtung eigener statt externer Verantwortung.²

Auch das von Prof. Dr. Hanne M. Birckenbach im Rahmen der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung entwickelte Konzept der Friedenslogik als Extrakt wesentlicher Erkenntnisse der Friedens- und Konfliktforschung benennt sicherheitslogische Freund-Feind-Denkmuster als Ursache für äußeres und inneres Scheitern und empfiehlt das Prinzip Reflexivität zur Überwindung sich wiederholender Misserfolge.³

Das Konzept gibt im Unterschied zur militärischen Sicherheitslogik überzeugende und grundlegend andere Antworten auf die Fragen:

„Was ist das Problem? Wodurch ist das Problem entstanden? Wie wird das Problem bearbeitet? Wodurch wird eigenes Handeln gerechtfertigt? Wie wird auf Scheitern und Misserfolg reagiert?“

Dieses Modell kann dabei helfen, Politiken zu analysieren und jene Wege der gewaltpräventiven Konflikttransformation zu einem nachhaltigen Frieden zu finden, die aus der im MSC Report festgestellten Hilflosigkeit herausführen.

In Situationen der Bedrohung, Gefahr und Unsicherheit empfiehlt das Konzept der Friedenslogik die Orientierung auf Gewaltprävention und Gewaltabbau sowie die Überwindung gängiger Schuldzuschreibungen. Auch den Fokuss auf die Wahrung nur eigener Interessen gilt es zu überwinden. Dann kann eine Konflikttransformation auf der Grundlage einer komplexen Konfliktanalyse inklusive des Einbezugs eigener Konfliktanteile gelingen.

Dabei ist das in der entwicklungspolitischen Diskussion und Praxis erprobte und bewährte »Do-No-Harm«-Konzept richtungsweisend.⁴

Durch kooperative Konfliktbearbeitung können wir den Fokus auf Verteidigung und Selbstschutz sowie den Ausbau des militärischen Sicherheitsapparats samt Drohungen mit Sanktionen und Gewalt bis hin zum Einsatz von Gewalt überwinden zugunsten einer kooperativen Erreichung der weltweiten Entwicklungsziele.

Wie dies konkret und umfassend gelingen kann, zeigt das Positiv-Szenario „Sicherheit neu denken – von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik 2040“.⁵

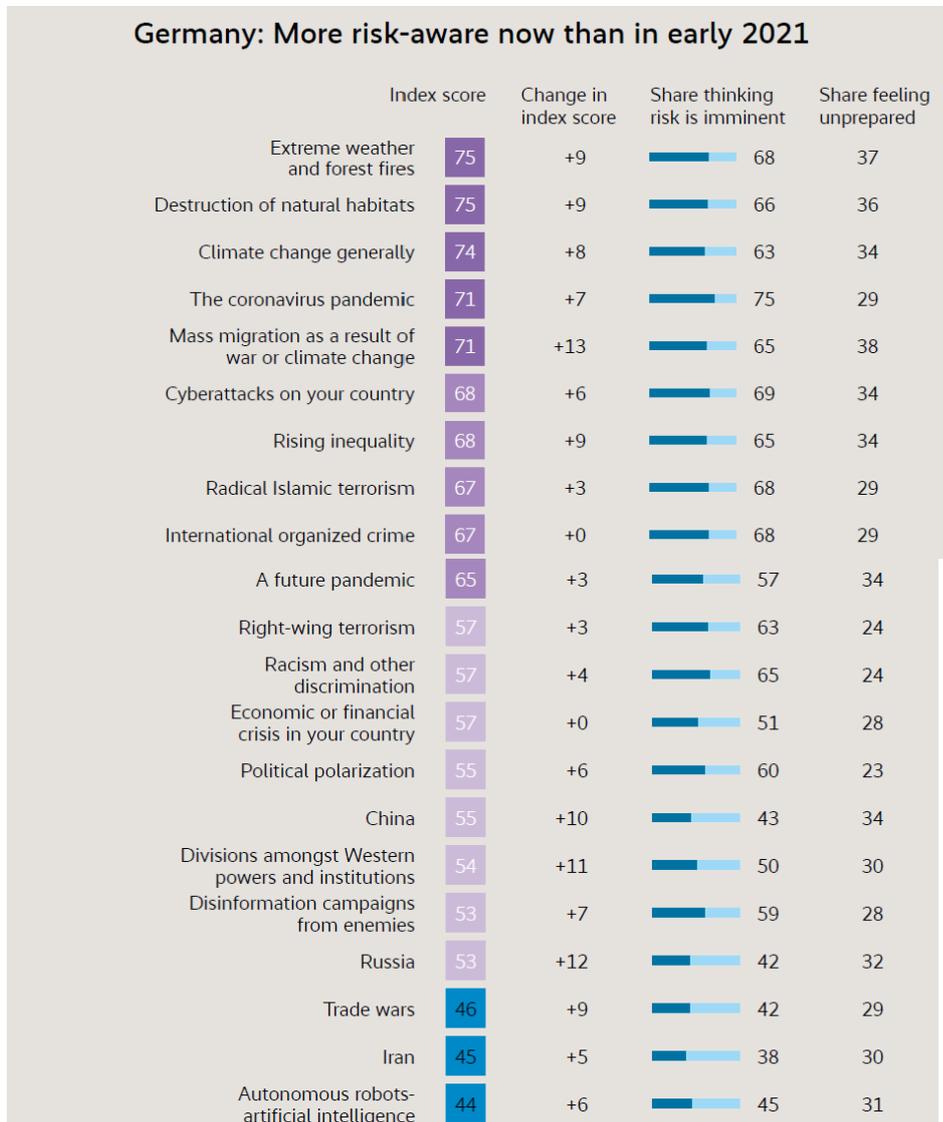


„Die friedenslogische Antwort auf die zweite Frage ‚Wodurch ist das Problem entstanden?‘ verlangt von den involvierten Akteuren, die Komplexität des zugrundeliegenden Konflikts anzunehmen und auch anzugehen.“

Dr. Sabine Jaberg, Dozentin für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Friedensforschung an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg

Münchner Sicherheitsindex 2022

Entsprechend des im MSC Report veröffentlichten Index sieht die deutsche Bevölkerung 2022 insbesondere Risiken aus dem Bereich Klima, Gesundheit und Migration infolge von Kriegen und Klimakrisen als relevante Sicherheitsrisiken:



Praktisch keine der von unserer Bevölkerung – relativ in Übereinstimmung mit dem Weißbuch zur Sicherheitspolitik 2016⁶ sowie den Leitlinien der Bundesregierung zur Krisenprävention 2017⁷ – benannten relevanten Sicherheitsrisiken lassen sich mit Instrumenten militärischer Sicherheitspolitik lösen. Daher plädiert dieser Bericht für einen klaren Paradigmenwechsel von militärischer zu ziviler Sicherheitspolitik inklusive einer Umwidmung bisher vorgesehener finanzieller Investitionen in Höhe von bis zu 80 Mrd. Euro jährlich (= 2 % unseres BIPs ab dem Jahr 2030) vom Verteidigungshaushalt in Bereiche Ziviler Sicherheitsvorsorge und Krisenintervention (siehe Kapitel 8 „Sicherheit neu denken“).



2

Aus Afghanistan lernen

Der Kommentar von tagesschau.de am 11.09.2021 zu 20 Jahre 9/11 und Krieg gegen den Terror bilanziert eindeutig:

- *"Fanatismus lässt sich eben nicht mit militärischer Überlegenheit und Drohnenschlägen bekämpfen."*⁸

Schon die Mega-Evaluation des BMZ zu Afghanistan aus dem Jahr 2020 warnte unter der Überschrift „Werden wir jemals lernen?“ vor dem Fortschreiben des bisherigen Fehlschlusses „Mehr vom Alten hilft mehr“.⁹

Die Mega-Evaluierung 148 internationaler Studien zur zivil-militärischen Intervention in Afghanistan seit 2002 konstatierte eindeutig:

- *„Wir sollten akzeptieren, dass vieles von dem, was wir gern erreichen möchten, nicht eher funktioniert, bis es eine politische Konfliktlösung gibt. Ohne diese Voraussetzung befeuert externe Hilfe aus vielfältigen Gründen oftmals sogar die vorhandenen Konflikte.“*¹⁰

Die US-Regierung bilanzierte ihr eigenes militärisches Desaster in Afghanistan selbst bereits 2016. Die Washington Post berichtete im Dezember 2019 nach erfolgreicher Verklagung der US-Regierung auf Herausgabe des Berichts bereits eindrücklich, wie ahnungs- und wirkungslos die US-Militärintervention in Afghanistan vom US-Militär und den für den Afghanistan-Einsatz verantwortlichen Generälen schon 2016 eingeschätzt wurde:¹¹

- *„Wir wussten nicht, was wir tun.“*
- *"Wir hatten keine Ahnung was wir in Afghanistan taten. Wenn die amerikanische Öffentlichkeit geahnt hätte, wie groß das Ausmaß der Ahnungslosigkeit war...“*
- *„Es ist nicht möglich, Fortschritte in Afghanistan zu messen - die Messzahlen sind immer manipuliert worden.“*

- „Das amerikanische Volk ist fortlaufend über den Verlauf des Krieges angelogen worden.“

Der überzeugendste Hinweis für die Sinnlosigkeit des Afghanistan-Kriegs ist die Zahl von 130.000 (!) US-Soldat*innen, die sich nach ihrer Rückkehr aus den Kriegseinsätzen in Afghanistan und im Irak seit 2001 in den USA selbst getötet haben – zusätzlich zu den zigtausenden Soldat*innen und Zivilist*innen die in diesem Krieg selbst getötet wurden.¹²



"Wir müssen aus unseren Fehlern lernen. 18 Veteranen pro Tag haben sich ihr Leben genommen seit dem Beginn des Krieges."

US-Präsident Joe Biden, Fernsehansprache am 31.08.2021

Zu 20 Jahre 9/11 und Krieg gegen den Terror haben wir im September 2021 eine Zitatsammlung mit zahlreichen gleichlautenden und ähnlichen Aussagen zusammengestellt:¹³

Die ZDF-Politsatire Die Anstalt hat in ihrer Sendung vom 5.10.2021 eine erfrischend klare und pointierte Analyse zum gescheiterten Afghanistan-Einsatz und aller vorgebrachten Argumente für diesen Militäreinsatz veröffentlicht - samt Quellen-Nachweis.¹⁴

Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) haben die Situation in Afghanistan bereits im Jahr 2010 analysiert und einige allgemeine friedenspolitische Lehren aus dem Fall Afghanistan gezogen, die sie in zehn Thesen zusammengefasst haben. Sie kommen zu dem Schluss, dass eine Neuorientierung der Politik hin zu einem konsequenten Ausbau der nicht-militärischen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung unerlässlich ist:¹⁵

1. „Der afghanische Staat wird vermutlich auf lange Sicht wesentliche Kernfunktionen nicht effektiv ausüben können.
2. Der Prozess des Ausgleichs und der Versöhnung muss die »Aufständischen« bzw. die »Taliban einschließen.

Dies setzt voraus, sich von eindimensionalen Feindbildern zu verabschieden, die sehr heterogene Gruppierungen von lokalen Gewaltakteuren mit recht unterschiedlichen Interessen und Motiven pauschal zum »Gegner« erklären.

3. Zu einer dauerhaften Stabilisierung Afghanistans kann es nur kommen, wenn es dafür ein gedeihliches regionales Umfeld gibt.
4. Mit militärischen Mitteln kann der islamistisch inspirierte Terrorismus nicht nachhaltig eingedämmt werden.

Der militärisch geführte »Anti-Terror-Krieg« hat eher zur Erosion völker- und menschenrechtlicher Normen sowie zur Unglaubwürdigkeit des Westens als Wertegemeinschaft beigetragen. Erforderlich sind demgegenüber diplomatisch-politische, polizeilich-juristische, entwicklungspolitische sowie integrations- und kulturpolitische Herangehensweisen und Methoden.

5. Asymmetrische Kriege sind militärisch nicht gewinnbar

Historisch-komparative Untersuchungen über Aufstandsbewegungen, Erhebungen gegen Fremdherrschaft und asymmetrische Gewaltkonflikte haben deutlich gemacht, dass derartige Kriege in der

Regel nicht im klassischen militärischen Sinne »gewonnen« werden können, da es sich hierbei stets eher um soziale und politische als um militärische Konflikte handelt.

6. *Politische Prävention ist sinnvoller als militärische Intervention*

Eine frühzeitige nicht-militärische Prävention in Krisen ist einer aufwendigen und langwierigen, militärisch gestützten, reaktiv-kurativen Krisenbearbeitung vorzuziehen. Eine effektive Krisenprävention kann dazu beitragen, selbst solche, durch fragwürdige Politiken westlicher Staaten mit verursachten Krisenlagen wie Afghanistan gar nicht erst entstehen zu lassen.

7. *Das Projekt des »Staaten Bauens« muss mit Bescheidenheit und ohne Illusionen betrieben werden.*

Die Fähigkeit externer Akteure zur Kontrolle und Steuerung komplexer sozialer Dynamiken in fremden Gesellschaften in einem gewünschten ordnungspolitischen und normativen Sinn (nämlich des Modells des liberalen OECD-Staates mit Demokratie, Marktwirtschaft und Menschenrechten) wird weit überschätzt. Letztlich können nur eigenständige Prozesse der Staatsbildung zum Ziel führen und nur solche können von außen unterstützt werden. Daher sind zahlreiche externe Versuche, ob mit oder ohne militärische Mittel, Staaten nach westlichem Muster zu formen, weit hinter ihren Zielen zurückgeblieben, oder ganz gescheitert. Dies gilt auch für Afghanistan.

8. *Zivile Konfliktbearbeitung in Krisenregionen ist friedenspolitisch unabdingbar.*

Unrealistisch ist ein sozialtechnologischer Machbarkeitsglauben, der in fremden Gesellschaften mit Hilfe des Militärs »Frieden schaffen«, »Staaten bauen« oder »Stabilität herstellen« will. Vielmehr ist in diesen Gesellschaften eine intensive Förderung von eigenständiger lokaler Konfliktbearbeitung vonnöten. Denn die Hauptakteure in Friedensprozessen sind die in den Krisenregionen lebenden Menschen. Friede kann nie von außen implantiert werden, sondern muss von innen her wachsen. Daher gilt es, lokale Kapazitäten für den Frieden zu stärken und politische Räume für die Entfaltung eigenständiger Friedensprozesse zu eröffnen oder zu weiten.

9. *Deutschland muss seinen Aktionsplan zur zivilen Krisenprävention konsequent umsetzen.*

Unbestreitbar hat es in den letzten Jahren in konzeptioneller und organisatorischer Hinsicht friedenspolitische Fortschritte gegeben. Einen Höhepunkt stellte im Jahr 2004 die Verabschiedung des »Aktionsplans Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung« durch die Bundesregierung dar. Doch mangelt es dem Aktionsplan bis heute an einem deutlichen Umsetzungswillen der Politik sowie an einer klaren regionalen und sektoralen Prioritäten- und Schwerpunktsetzung. Dem koordinierenden Ressortkreis fehlt es nach wie vor an politischer Steuerungskompetenz und Ressourcen. Der anhaltende Ressort-Egoismus behindert eine bessere Abstimmung zwischen den Ministerien.



„Nicht Vergeltung, wohl aber Ahndung der Verbrechen ist die richtige Antwort auf die Terroranschläge in New York und Washington.“

Die Spirale der Gewalt "Aktion-Reaktion-neue Gegenwehr führt zu keinem guten Ende."

Hans Koschnick, Bosnien-Beauftragter der Bundesrepublik und ehemalige Bürgermeister von Bremen am 14.09.2001 gegenüber dpa

Schließlich ist es nicht gelungen, die Anliegen ziviler Krisen-prävention auf wirkungsvolle Weise in der Öffentlichkeit zu propagieren. Daher fordern wir nachdrücklich eine politische Aufwertung des Konzepts und der Agenda ziviler Krisenprävention sowie einen massiven Ausbau der Infrastruktur und Ressourcenausstattung ziviler Konfliktbearbeitung.

[Anmerkung: Der Aktionsplan zur zivilen Krisenprävention¹⁶ aus dem Jahr 2004 ist 2017 durch die Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“¹⁷ abgelöst worden, zu dem 2021 ein Umsetzungsbericht¹⁸ veröffentlicht wurde, zu dem wiederum sowohl der Zivilgesellschaftliche Beirat "Zivile Krisenprävention und Friedensförderung" der Bundesregierung als auch die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung jeweils Stellungnahmen veröffentlicht haben¹⁹.]

10. *Eine kritische Evaluierung der Auslandseinsätze der Bundeswehr ist überfällig.*

Wenn auch nicht von einer umfassenden »Militarisierung« der deutschen Friedens- und Sicherheitspolitik zu sprechen ist, so ist doch unverkennbar, dass es zu einer wachsenden Kluft zwischen militärischen Einsätzen und ziviler friedenspolitischer Konfliktbearbeitung sowie bei der zivil-militärischen Zusammenarbeit zu einer Dominanz des Militärischen gekommen ist. Zudem ist die friedenspolitische Bilanz von Auslandseinsätzen der Bundeswehr durchaus strittig. Eine unabhängige, umfassende und kritische Evaluierung dieser Einsätze ist daher, nicht zuletzt angesichts ihrer immensen Kosten, dringend geboten.“

Laut den Verfassern fordern diese Thesen und Lehren folgendes Fazit:

„Plädoyer für nichtmilitärische Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung:

- *In der überfälligen Debatte über deutsche Sicherheits- und Friedenspolitik ist eine nachhaltige Neuorientierung dieser Politik zugunsten des zivilen Elements anzustreben.*
- *Der wohlfeilen politischen Rhetorik muss endlich die realpolitische Substanzausfüllung des Konzepts ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung folgen.*
- *Das überkommene Ungleichgewicht zwischen militärischen und zivilen Fähigkeiten, Kapazitäten und Ressourcen gilt es zu überwinden.*
- *Gerade der Fall Afghanistan zeigt deutlich diese schon lang anhaltende Schieflage zwischen militärischen und zivilen Mitteln und bekräftigt die Erkenntnis, dass Militär ein in seiner Wirkung immer wieder weit überschätztes, immens teures und letztlich untaugliches Instrument nachhaltiger Konfliktbearbeitung und Friedenspolitik ist.“*

Augenfällig ist, dass die meisten dieser Lehren auch heute noch gelten und ihre Umsetzung dringend anzumahnen ist.

Prof. Dr. Conrad Schetter vom BICC zieht 2021 ähnliche Schlussfolgerungen: ²⁰

- *„Es sind viele Fehler gemacht worden. Der erste Fehler, wie bei vielen Interventionen: Es ging nie um das Land selbst, es ging nie um Afghanistan. Die westliche Welt hat sich immer sehr um ihre eigenen Interessen gedreht. Das heißt: Man hat nie versucht, Afghanistan zu verstehen und einen Weg aus der afghanischen Perspektive heraus zu entwickeln. Das hat sich durch die gesamte Intervention hindurchgezogen. Das politische Modell für das Land wurde am Reißbrett in Brüssel und Washington entworfen. Afghanistan hat 40 Jahre Krieg erlebt, ist gesellschaftlich sehr traditionell geprägt - und das, was die Afghanen selbst wollten, ist nicht richtig zur Sprache gebracht worden.*
- *Es gab immer Widersprüche - militärisch und politisch. Auf der einen Seite hat man im Land Krieg geführt und die Taliban gejagt, auf der anderen Seite hat man den Afghanen versprochen, für ihre Sicherheit zu sorgen. Das war für die Afghanen nicht nachzuvollziehen. In der Politik hat man Demokratie gepredigt, dann aber hinter verschlossenen Türen die Interessen des Westens durchgesetzt, etwa bei der Frage, wer Präsident wird. Da wurden demokratische Spielregeln außer Kraft gesetzt. Diese doppelten Standards haben die Afghanen die gesamten 20 Jahre über erlebt.*
- *Ich habe schon 2001 gesagt, dass man mit den Taliban sprechen müsse. Das war damals allerdings nicht möglich. Unter dem Schock der Anschläge vom 11. September gab es eine Dämonisierung der Taliban, die eine Einbindung in die damaligen Afghanistankonferenzen unmöglich machten. Man hat auch in den Jahren danach geglaubt, man werde die Taliban zerschlagen und einen eindeutigen Sieg davontragen. Aber schon 2003/2004 hatten sich die Taliban reorganisiert, und seitdem war ein kontinuierlicher Machtzuwachs der Taliban im Land zu beobachten.*
- *Es gab immer eine starke Diskussion zwischen den Europäern und den USA. Die USA haben stets betont, dass sie in Afghanistan kein "nation building" machen. Für die Europäer war dagegen stets wichtiger, den Einsatz unter die Entwicklung von Staat und Gesellschaft zu stellen, indem ein "liberaler Frieden" erzielt wird. Für die Amerikaner ging es viel mehr um die Vergeltung für 9/11, und diese Mission war bald größtenteils erreicht - spätestens, als man 2011 Osama bin Laden aufgespürt und getötet hat.*
- *Das US-Militär wurde nie auf einen Einsatz in Afghanistan vorbereitet. Bis in die höchsten Ebenen hinein wusste man wenig über das Land. Das amerikanische Militär ist so sehr von der eigenen Überlegenheit überzeugt, dass man die Gesellschaften, in die man hineingeht, ziemlich ignoriert.*
- *Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten erlebt, dass ein von außen erzwungenes "nation building" nicht funktionieren kann. Wir*

erleben auf dem Balkan, wie lange es dauern kann, die erforderlichen Institutionen aufzubauen, und in Afghanistan war das um ein Vielfaches schwieriger. Die afghanische Gesellschaft ist divers - nicht nur ethnisch, sondern auch in ihren Lebenswelten. Politische Institutionen wurden nur rudimentär aufgebaut, Parteien waren immer verboten und bei den Wahlen seit der Intervention nicht zugelassen - auch das war meines Erachtens ein Fehler, weil man sich sehr auf Individuen konzentriert und Klientelpolitik betrieben hat, die im Gegensatz zu einem Institutionenaufbau steht.

- *Wir haben hier einen Scherbenhaufen, und es wird lange dauern, bis man das alles entflechtet hat und versteht, an welchen Rädern man drehen muss. Ich hoffe, dass es dazu kommt, habe aber die Befürchtung, dass es ein "Weiter so" geben wird. Wir reden zum Beispiel stets über den Bundeswehreinsatz, fragen aber viel zu selten, ob die Bundeswehr oder eine konventionelle Armee überhaupt das richtige Instrument für eine solche Intervention ist. Benötigt man nicht eher eine aufstandsbekämpfende Polizei? Brauchen wir nicht eine ganz andere Ausbildung? Die Frage wird seit 30 Jahren aufgeschoben, und keiner nimmt sich des Themas an. Und als Wissenschaftler wünsche ich mir, dass das Wissen über diese Länder nachgefragt und in die Prozesse eingebracht wird. Das findet nicht statt, vielmehr sind es die politischen Logiken, die dominieren. Man muss jetzt viele Dinge überprüfen und steht da noch ganz am Anfang.“*

Besorgniserregend – und leider kein Einzelfall, sondern eine vielfach zu beobachtende Tendenz – sind auch Berichte wie der folgende von Oberstleutnant Jürgen Heiducoff, dem damaligen militärpolitischen Berater der Bundesregierung in Kabul 2007 in einem Brief an Bundes-Außenminister Frank-Walter Steinmeier: ²¹

- *„Es gibt keine Entschuldigung für das durch unsere westlichen Militärs erzeugte Leid unter den unbeteiligten und unschuldigen Menschen...“*
- *Es ist unerträglich, dass unsere Koalitionstruppen und ISAF inzwischen bewusst Teile der Zivilbevölkerung und damit erhoffte Keime der Zivilgesellschaft bekämpfen...“*
- *Westliche Jagdbomber und Kampfhubschrauber verbreiten Angst und Schrecken unter den Menschen. Dies müssen die Paschtunen als Terror empfinden. Wir sind dabei, durch diese unverhältnismäßige militärische Gewalt das Vertrauen der Afghanen zu verlieren...“*
- *Ich stelle dabei zunehmend fest, dass die militärische Lage unzulässig geschönt dargestellt wird. Auch deutsche Generale beschönigen oder verschweigen eigene Probleme...“*
- *Das Militär droht sich zu verselbständigen und von den politischen und völkerrechtlichen Vorgaben zu lösen.“*

Dr. Reinhard Erös, Oberarzt a.D. der Bundeswehr und Afghanistan-Kenner par excellence, formuliert zur Frage, warum die Taliban gewonnen haben: ²²

- *„Viele der ausländischen Gelder versickerten in korrupten Kanälen. Und von den ‘westlichen’ Errungenschaften hat vielleicht etwa 20 Prozent der Bevölkerung, vor allem in Kabul und den anderen Großstädten, profitiert. Der Großteil der Bevölkerung aber hat nicht profitiert.*
- *Die ausländischen Militärs wurden vom Großteil der Bevölkerung als Besatzer gesehen. Vor allem die Amerikaner, die im Süden des Landes Moscheen geschändet, ja hineinuriniert haben.*
- *Die Nato-Militärs und viele Aufbauhelferinnen und -helfer blieben stets Ausländer ohne Akzeptanz und Verständnis für die einheimische islamische Kultur und das Paschtunwali. Das ist der Jahrtausendealte patriarchalische Stammeskodex der größten Volksgruppe am Hindukusch, der Paschtunen.*
- *Es ist absolut vermessen zu glauben, man könne fremde Kulturen und Traditionen mit Gewalt und Zwang ändern oder zum ‚Guten‘ bekehren in unserem Sinne.“*

So hieß es bereits im Aufruf zivilgesellschaftlicher Organisationen vom Oktober 2001: ²³

- *„Krieg kann keine Konflikte lösen. Terrorismus lässt sich nicht dadurch bekämpfen. Dem Terrorismus muss der wirtschaftliche, soziale, politische und ideologische Nährboden entzogen werden, auf dem er gedeiht. Kein Raketenabwehrsystem, keine noch so gut gerüstete Armee und keine noch so großen inneren Sicherheitsmaßnahmen werden uns vor solchen Anschlägen schützen können.*
- *Mehr Sicherheit erreichen wir nur durch Abrüstung, die Stärkung des internationalen Rechts und durch mehr soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit in der Welt.“*

US-Präsident Joe Biden sagte dementsprechend bei seiner Fernseh-Ansprache zur Begründung zur Beendigung des US-Militäreinsatzes am 31.08.2021: *„Bei dieser Entscheidung über Afghanistan geht es nicht nur um Afghanistan. Es geht darum, eine Ära großer Militäroperationen zur Umgestaltung anderer Länder zu beenden.“* ²⁴

Möglichkeiten ziviler, nicht-militärischer Konfliktbearbeitung in Afghanistan zeigte bereits im Jahr 2009 ein Monitoring-Projekt der Kooperation für den Frieden auf: ²⁵

- Elemente der aktuellen Konfliktsituation
- Probleme und Gefahren der gegenwärtigen Situation
- Legitime Interessen der Akteure des Konflikts
- Ziele ziviler Konfliktbearbeitung
- Eine Zivile Strategie für Frieden, Sicherheit und Entwicklung in Afghanistan
- Anforderungen an die deutsche Politik
- Maßgebende Prinzipien für Entwicklungsprojekte
- Anforderungen an die UNO, die USA, die EU, die militärisch beteiligten Mitglieder der NATO, die afghanischen Stämme und Gruppierungen, die Gruppierungen der Taliban, an die Kräfte der ehemaligen Nord-Allianz, an die Regierung in Kabul, die Nachbarstaaten Afghanistans und die in Afghanistan arbeitenden NROs
- Die Rolle und Aufgaben der Friedensbewegung im Afghanistan-Konflikt
- Widerstände, Probleme und Interessen gegenüber einer solchen Alternative

Insgesamt handelt es sich um eine ambitionöse und komplexe zivile Alternative, deren Ziele über Afghanistan hinaus in den Bereich grundsätzlicher politischer Weichenstellung gehen. Man könnte durchaus von einem Schritt auf dem Wege zum Vorrang für zivile Konfliktbearbeitung sprechen.



„Während des Talibanregimes von 1996-2001 sind nur ein paar Tausend Menschen aus Afghanistan geflohen, obwohl es möglich war. Seit 2001/2002, dem Einmarsch des Westens, sind mehrere Millionen Afghanen geflohen. Die Idee vom Paradies, das entstanden ist, seit wir da sind, ist schlicht falsch.“

Dr. Reinhard Erös,
Oberarzt a.D. der
Bundeswehr, welt-
sichten 19.08.2021

3

Mali und die Sahelzone: Fragen des Engagements

Die globale Studie "Wie Frieden gewonnen wird - von zivilem Widerstand zu dauerhafter Demokratie" weist zivilen Widerstand als Schlüsselfaktor bei 50 von 67 Transformationen autoritärer Staaten zwischen 1972 und 2005 nach.²⁶

Demzufolge ist auch in Mali und der Sahelzone die Unterstützung gewaltfreier statt gewaltbewehrter Akteur*innen erfolversprechend.

Der Beschluss Frankreichs und seiner europäischen Verbündeten vom 17.02.2022, militärischen Truppen aus Mali abzuziehen, ist daher folgerichtig.²⁷

Levinia Addae-Mensah vom West Africa Network for Peacebuilding formulierte auf der Jahrestagung des Beirats der Bundesregierung für Zivile Krisenprävention und Friedensförderung am 2.10.2020 folgende Anforderungen zur Lösung der Krisen im Sahel:

- Stoppen illegitimer Finanzabflüsse aus Afrika nach Europa als wichtigste Voraussetzung zum State Building
- Korruptionsreduzierung einfordern und Antikorruptions-Akteure stützen und schützen
- Local ownership of processes
- Adapt capacity of the local area
- Integrated Approach – alle Stakeholder einbeziehen
- Lokale, regionale, nationale und internationale Dialogplattformen aufbauen
- Entwicklung demokratischer Partizipationskulturen jenseits von formalen Wahlen
- Unterstützung und Organisation nationaler Sprecher*innenräte der Zivilgesellschaft inklusive der Frauen
- Fokussierung auf langfristige Konflikte (Mali = 50 Jahre), die den aktuellen zugrunde liegen
- Entwicklung eines gemeinsamen Konfliktverständnisses aller externen Akteure, das von den Interessen der externen Akteure abstrahiert
- eine daraus abgeleitete abgestimmte Langzeit-Strategie mit mindestens 10- und nicht 3- oder 5-Jahresprogrammen



„Eine kleine Gruppe Jugendlicher kann mehr zum Frieden beitragen als 1.000 Soldaten.“

Augustin Cissé, Gründer und Generalsekretär der ZFD-Partnerorganisation ORFED

- Gemeinsame Definition einer Long Terme Crisis Prevention Strategy mit einheimischen und EU-Akteuren inklusive afrikanischer und UN-Organisationen
- Bezüge zu bereits vereinbarten nationalen Long Term Strategien herstellen
- High Level of Accountability einfordern
- Kooperation und entsprechend aufeinander abgestimmte Interventionen
- Kommunikation bekannter und anerkannter Friedens-Politiker*innen und Narrative
- Shared narrative of local perspectives
- Findung und Stärkung Traditioneller ziviler Konfliktlösungsmechanismen
- Wahrnehmen lokaler und regionaler Potentiale, z.B. engagierter Jugendbewegungen
- Aufbau von Think Tanks (Universitäten etc.)

Generelles Institution Building

Kriterien für Förderung durch das AA:
Change is coming from the people, social movement

- Ausgaben für Krisenprävention haben einen 16-fach höheren Wirkungsgrad (UN/Weltbank-Studie „Pathways for Peace“ 2018)

Auch der MSC-Report 2022 selbst zeigt anschaulich auf, dass es in Mali und im Sahel andere als militärische Mittel braucht:

Referenzen MSC-Report 2022

- *„However, as long as the root causes of the insecurity, including poor development, human rights abuses, and corruption, remain unaddressed, violence and terror attacks will continue to spread.“ (S. 76)*
- *„Thus, the operations tasked with combatting terrorism, including Operation Barkhane and the G5 Sahel Joint Force of the regional cooperation framework G5 Sahel, have neither been able to contain terrorist-affiliated groups nor improved the security of the region’s populations.“ (S. 77)*

„Due to the intense focus on addressing high levels of violence through counterterrorism and military force, other goals have moved into the background. These include fostering

development, strengthening state capacities, and promoting human rights, the rule of law, good governance, and democracy. Consequently, root causes of the region's crises, such as poor development, human rights abuses, corruption, and the inability of the region's governments to provide their citizens with essential public goods, like education, receive comparatively little attention from international actors. Yet experts argue that lasting peace and security in the Sahel region will not be achieved without sufficiently considering these destabilizing factors.

Furthermore, the EU officially acknowledges that investments into development and security are needed to achieve stability in the Sahel region. Yet since 2015, its focus has shifted from long-term goals like boosting economic development and building stable state structures to short-term activities relating to migration management and counterterrorism.

The UN Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali MINUSMA is increasingly occupied with defending its own infrastructure and personnel against attacks from rebel groups.“ (S. 78)

„Moreover, state forces have become part of the security problem in Mali, as there are reports of repeated human rights abuses. Particularly alarming is that in 2020, more civilians died through violence committed by state forces than by rebel groups or militias.“ (S. 79)

- *„The last years of international intervention have shown that the intense focus on security provision has proven ineffective in solving the Sahel region's crises. Most importantly, external actors have not paid sufficient attention to the root causes of the crises afflicting Mali and the Sahel region. Without adopting a more holistic approach that also ensures progress on development, the protection of human rights, good governance, and respect for the rule of law, lasting peace will be hard to achieve. Achieving these goals also requires a stronger commitment by the Malian government and other governments in the region. International actors face difficult questions on balancing security provision, making progress on other core goals, and engaging the Sahel countries' governments in favor of sustainable peace and stability in the region. It is high time to thoroughly review the international engagement in Mali and the Sahel region. But discussions should be centered on how to make international efforts more effective rather than on whether to continue them at all.“ (S. 80)*

Laut des in Mali aktiven und sehr gut vernetzten Zivilen Friedensdienstes EIRENE benötigt Mali

- Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungen,
- gerechte Verteilung von Ressourcen und
- gewaltfreie Bearbeitung von Konflikten.

Demnach ist der Frieden in Mali und im Sahel eine Konstruktionsaufgabe für Staat und Zivilgesellschaft. Internationale Militärmissionen scheitern regelmäßig nicht, weil sie im Einzelfall schlecht durchgeführt werden, sondern weil sie nicht zur Konstruktionsarbeit beitragen und Radikalisierung fördern.²⁸

Laut einer Umfrage aus dem Jahr 2019 „Sind Barkhane und MINUSMA Quellen ihrer Sicherheit?“ antworten

- im Norden Malis:
ja 13% nein 87%
- Im Zentrum Malis:
ja 39% nein 61%
- Im Süden Malis:
ja 77% nein 23%

D.h. je näher die Befragten die ausländischen Truppen erleben, desto weniger Sicherheit erleben sie von ihnen.

Das einer zivilen Präferenz unverdächtige First (German/Netherlands) Corps (1GNC) „Common Effort“ folgerte 2010 nach einer Übung für die zivil-militärische Zusammenarbeit zur Stärkung der Stabilität, Sicherheit und Gefahrenabwehr als umfassendem Weg in Mali:

- *“Extreme poverty, lack of governance and lack of socio economic perspective for young people have led to instability , irregular migration, cross border crime and an increase of violent extremism in the Sahel region.”*

Eine Umfrage unter 138 Frauenorganisationen in Gao 2020 ergab:

- Demobilisierung durch Militärs funktioniert nicht. Sie fördert vielmehr gewaltbereite Personen und eine Kriegsökonomie.
- Die Alternative: Solche Personen anerkennen und ökonomisch fördern, die gewaltfreien Widerstand gegen die Extremisten geleistet haben.

Augustin Cissé, Generalsekretär der ZFD-Partnerorganisation ORFED, ist sich sicher: ²⁹

- *"Die Lösung von Konflikten ist eine zivilgesellschaftliche Aufgabe und keine militärische.*
- *Frieden kann nur erreicht werden, wenn an den strukturellen Ursachen der Konflikte in Mali und im Sahel gearbeitet wird:*

Armut, Hunger, Durst, Mangel an Infrastruktur, schlechte Verwaltung und unzureichende Integration verschiedener Bevölkerungsgruppen.

- *Die militärische Option wird weder Frieden bringen noch Gewalt verhindern. Die Fokussierung auf das Militärische ist kontraproduktiv: Sie schränkt den Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft ein. Sie bindet Ressourcen, die sinnvoller eingesetzt werden könnten. Sie mehrt den Unmut der Bevölkerung. Es sind niemals die Waffen, die die Probleme lösen. Die Lösung von Konflikten ist eine zivilgesellschaftliche Aufgabe und keine militärische. Wir müssen dort ansetzen, wo die Menschen mit ihren unterschiedlichen Interessen aufeinanderprallen. In Mali leben sehr viele unterschiedliche Gruppen auf engem Raum zusammen. Dies führt immer wieder zu Missverständnissen und Konflikten. Hier kann die Zivilgesellschaft ihre Wirkung entfalten, indem sie die Menschen zusammenbringt und Konflikte friedlich regelt.*
- *In Mali engagieren sich seit 2012 viele Organisationen, die bisher keine Erfahrungen mit Friedensarbeit und kein Know-How in ziviler Konfliktbearbeitung haben. Oft geschieht das sehr amateurhaft, ohne die Ursachen der Konflikte in den Blick zu nehmen. Mit dem ZFD verfolgen wir seit 2007 einen umfassenden Ansatz der Konfliktbearbeitung und Friedensförderung. Heute haben wir in allen Projektregionen Teams, die in Konfliktbearbeitung ausgebildet sind und dazu beitragen können, Gewalt zu verhindern. Mali braucht mehr davon. Wir brauchen kompetente lokale und zugleich kompetente internationale Organisationen, um nachhaltigen Frieden zu erlangen.*
- *Wenn man sieht, wie viel in die Ausbildung und Ausrüstung der Militärs investiert wird, wird klar, dass genug Geld vorhanden ist. Es wird nur falsch investiert. In Mali gibt es genügend Menschen und Organisationen, die sich für den Frieden einsetzen wollen. Die internationale Gemeinschaft ist aber zu sehr auf das Militär fixiert. Das entmutigt und schwächt die malische Zivilgesellschaft. Der Frieden muss sich von unten aufbauen. Wenn von Anfang an mehr Mittel in die Zivilgesellschaft investiert worden wären, wenn man lokale Organisationen gestärkt, geschult und finanziell unterstützt hätte, wären wir einem dauerhaften Frieden wesentlich näher als jetzt. Mit nur einem Viertel der Militärausgaben könnte man das ganze Potential der Zivilgesellschaft mobilisieren. Eine kleine Gruppe Jugendlicher in einem Stadtviertel kann mehr zum Frieden beitragen als 1.000 Soldaten. Davon bin ich zutiefst überzeugt.“*

ORFED "Organisation pour la Réflexion, la Formation et l'Education à la Démocratie et au Développement" (Organisation für Reflexion, Bildung und Erziehung im Bereich Demokratie und Entwicklung) und der ZFD engagieren sich in Gao im Norden Malis für ein friedliches Zusammenleben der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Sie setzen auf Dialog und Versöhnung, zivile Konfliktbearbeitung und Kreativität – an Schulen, in Dialogforen in den Gemeinden und in der Jugendarbeit.

ORFED wurde 2004 gegründet. Sie hat sich als wichtiger Akteur der malischen Zivilgesellschaft für Frieden und Demokratie in Mali etabliert. Der ZFD arbeitet seit 2007 mit ORFED zusammen. Gemeinsam unterstützen sie lokale Friedensbündnisse in ganz Mali.



4

Horn von Afrika: Zivile Krisenintervention in hoch eskalierten Konflikten

Erfahrungen aus Somalia, Kenia und Indien belegen die nachhaltige Wirksamkeit ziviler Kriseninterventionen auch in hoch eskalierten Konflikten.

So konnten in Nordsomalia nach der erfolglosen internationalen Militärintervention seit 1995 durch von Europa unterstützte gewaltfreie AkteurInnen stabile demokratische Verhältnisse geschaffen werden - mit wiederholten gewaltfreien Regierungswechseln und hoher allgemeiner Sicherheit für die Bevölkerung.³⁰

Von 1978 bis 1988 wurde der Krieg des Regimes Siad Barrés gegen das somalische Volk vor allem auf dem Gebiet von Somaliland ausgetragen. Dieser Krieg überlagerte und verschränkte sich mit alten, immer wieder gewaltsam ausgetragenen Konflikten zwischen den Klans um Überlebensressourcen. 1988 ließ Siad Barré die Hauptstadt Hargeysa bombardieren und fast vollständig vernichten.

In den entlegeneren Gebieten Somalilands begannen bereits 1986 Frauen zwischen Klans zu vermitteln, die um Weiderechte und Wasser einander bekämpfen. Die besondere Stellung der Frau in der somalischen Gesellschaft erlaubte ihnen diese Rolle. Erste Erfolge bei der Einhegung von Gewalt und dem Aushandeln von Lösungen führten dazu, dass Klangemeinschaften ihre traditionellen



„Ziviles Peacekeeping wird von mindestens 40 internationalen Gruppen, von hundert, wenn nicht tausenden lokaler Gruppen und gelegentlich auch von unbewaffneten staatlichen Missionen (OSZE, EU) in aller Welt praktiziert.“

Dr. Christine Schweitzer, Geschäftsführerin des Bundes für Soziale Verteidigung

Führungsstrukturen wieder revitalisieren, die während des Regimes Siad Barrés zwangsaufgelöst worden waren.

Neue Ältestenräte nahmen Gespräche mit Politikern und Milizen auf, um Gewalt aus den Siedlungen, Märkten und öffentlichen Plätzen heraus zu halten und so einen für Zivilisten geschützten Raum herzustellen. Ab 1990 begann eine Serie von systematischen, oft wochenlangen Verhandlungen zwischen den inzwischen untereinander vernetzten Klanräten, den politischen Parteien und bewaffneten Milizen.

1996 wird in Somaliland formell die „Transitional National Charter“ sowohl von den bewaffneten Gruppen als auch den politischen Parteien als neue Verfassung anerkannt. In ihr ist das bis heute bestehende politische System Somalilands beschrieben. Dieses sieht eine Gewaltenteilung zwischen Legislative, Judikative und Exekutive vor, deren Einhaltung von der nationalen Versammlung der Ältesten, der „guurti“, überwacht wird.

Seit 1996 finden auf nationaler Ebene alle 5 Jahre Wahlen statt. Bisher wurde bei jeder Wahl die regierende Partei abgewählt und eine andere Partei übernahm Regierungsverantwortung. Alle Regierungswechsel verliefen friedlich.

Mechanismen der Gewalteinhegung funktionieren (Polizei, Gerichte, „guurti“), das Gewaltmonopol des „Staates“ wird weitestgehend anerkannt. Polizei und Armee handeln weitestgehend Rechtskonform.

In Wajir, einem Distrikt im Nordosten Kenias, kam es zwischen 1991 bis 1993 in einer Zeit extremer Trockenheit und Dürre eine Gewaltexplosion. Schießereien in allen Siedlungen, Angriffe auf Zivilisten an öffentlichen Orten, Vergewaltigung, Entführung, gezielte Morde von Verwaltungsangestellten, Lehrern, Ärzten. 1993 bestand faktisch keine funktionierende Verwaltung mehr.

Nach einem brutalen Angriff auf eine Hochzeitsgesellschaft taten sich Frauen aus mehreren Klans zusammen. Sie wollten die lokalen Ursachen und Auslöser von Gewalt in den Griff bekommen. Sie organisierten Gruppen, die sich aus Mitgliedern aller Klans einer Siedlung zusammensetzten, die die Märkte und deren Zugangswege „patroullierten“. Sie notieren sorgfältig, wer zum Markt kam, und wer nicht; sie intervenierten, sobald sich ein Streit oder Konflikt andeutete, sie medierten und moderierten deren Lösung.

Gemeinsam mit Klanführern (Ältesten), Geschäftsleuten und Familienoberhäuptern formten sie gemischte „Interventionsgruppen“, die bei Streitigkeiten und Konflikten zwischen Klangruppen formell intervenieren konnten (v.a. bei Streitigkeiten um Weiderechte und Wasser). Durch Rückgriff auf traditionelle Rechtskonzepte (Xeer) wurden Lösungen verhandelt und dadurch Gewalt eingeeht.

Heute leben die Menschen in Wajir in einem Zustand relativer Sicherheit und relativen Friedens. Wajir hat wieder eine Regierung



„Lange Zeit haben Politiker*innen mit Nachdruck die These vertreten, dass erst ein gewisses Maß an Sicherheit gegeben sein muss, bevor zivile Formen der Konfliktbearbeitung greifen können.“

Jedoch zeigt die empirische Evidenz, dass sich in vielen Ländern Menschen gewaltfrei engagieren in einem Kontext, in dem sie rechtloser Gewalt sowohl durch Organe des Staates als auch seitens privater Gewaltakteure ausgesetzt sind.“

Dr. Wolfgang Heinrich, Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

und eine funktionierende Verwaltung, Wahlen für die Abgeordnetenversammlung des Distriktes konnten ohne Gewalt abgehalten werden.

Auch im langjährigen Bürgerkriegsland Zentralafrikanische Republik etabliert sich u.a. mit Hilfe deutscher NGO-Unterstützung in stetiger Kommunikation mit Vertreter*innen der Zivilgesellschaft (sog. „gastgebende Gemeinschaften“) eine zivil-polizeiliche Sicherheitsarchitektur, die unter anderem zur Aufnahme des Landes in die Empfängerliste strukturbildende Übergangshilfe geführt hat.

Der Prozess in der ZAR wird u.a. durch das beispielhafte Wirken des Interreligiösen Rates für Frieden und Versöhnung befördert, für das dessen prominente Akteure 2021 in Berlin auf dem human-rights-Filmfestival mit einem Filmpreis geehrt wurden.³¹

Deutsche Hilfswerke unterstützen darüber hinaus seit 20 Jahren die Ausbildung afrikanischer Friedensfachkräfte in 30 afrikanischen Ländern im Rahmen der Afrikanischen Friedensuniversität³², deren Absolvent*innen-Netzwerk³³ in Afrika auf lokaler und regionaler Ebene als schnelle und aktive gewaltfreie Konfliktinterventionskräfte (INOVAR)³⁴wirken.

Dieses Projekt wurde 2020 zusammen mit der ZAR-Verteidigungsministerin und dem Vorsitzenden des Interreligiösen Rates für Frieden und Versöhnung der ZAR, dem Kardinal der Erzdiözese Bangui, auf Einladung der Münchner Sicherheitskonferenz als Innovation und Materialisierung einer alternativen und weiterführenden Sicherheitslogik vorgestellt.³⁵

Das Projekt ist u.a. auch vom BMZ unterstützt. Ab 2022 könnte und sollte von Deutschland und der EU neben der interreligiösen Versöhnungs- und Friedensarbeit verstärkt der geplante Nationale Dialog in der ZAR unterstützt werden.

Konzeptbeschreibung INOVAR am Beispiel der ZAR.³⁶

5

Osteuropa: Eine neue Sicherheitsarchitektur für Europa

Dr. Christine Schweitzer vom Bund für Soziale Verteidigung hat am 8.2.2022 auf 15 Seiten einen perspektivreichen Überblick „NATO-Ukraine-Russland: Situation und Auswege aus der Sackgasse“ mit wichtigen Argumenten und Fakten sowie zeitgeschichtlichen Hintergründen zusammengestellt, das zahlreiche konkrete Vorschläge aufführt, die zur friedlichen Überwindung der Krise von verschiedenen Seiten gemacht worden sind:³⁷



„Es sollte über eine hochrangige Konferenz nachgedacht werden, die ohne Vorbedingungen und in unterschiedlichen Formaten und Ebenen über das Ziel einer Revitalisierung der europäischen Sicherheitsarchitektur berät.“

Johannes Varwick,
Professor für
Internationale
Beziehungen und
europäische Politik an
der Universität Halle-
Wittenberg in der FAZ
am 17.01.2022

Mitglieder der AG Friedenslogik der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung haben am 15.2.2022 eine Stellungnahme „Für konsequent friedenslogisches Handeln im Ukraine-Konflikt“ veröffentlicht:³⁸

- „Die friedenslogische Antwort [] verlangt von den involvierten Akteuren, die Komplexität des zugrundeliegenden Konflikts anzunehmen und auch anzugehen.
- Das schließt die Anerkennung des eigenen Anteils an der Problemgenese mit ein...[und] würde von der NATO verlangen, ihre Ordnungspolitik in Gesamteuropa nach 1990, die die Sowjetunion bzw. Russland nicht als gleichberechtigten Akteur anerkennen wollte, als Teil der Problemlage zu begreifen. Analog müsste Russland insbesondere seine seit dem Georgienkrieg 2008 über die eigenen Grenzen ausgreifende militärische Ordnungspolitik als Beitrag zur gegenwärtigen Lage anerkennen.“
- Es gilt zudem, ‚das zugestandene Recht der Staaten zur Wahl ihrer eigenen sicherheitspolitischen Dispositionen im Kontext des Bekenntnisses zur gemeinsamen ungeteilten Sicherheit zu begreifen.‘
- Am Versagen zum Aufbau einer belastbaren Friedensordnung seit 1990 „trägt der Westen, der als Gewinner aus dem Kalten Krieg hervorgegangen ist, zwar nicht die Allein-, aber die Hauptverantwortung, indem er Russland die gleichberechtigte Mitwirkung an einer gesamteuropäischen Neuordnung vorenthielt. Es stünde der NATO und ihren Mitgliedstaaten daher gut zu Gesicht, hier den ersten Schritt zu machen, der ihnen deshalb auch leichter fallen sollte als Russland.
- Dennoch könnte auch Moskau den Druck aus der Situation nehmen, indem es die militärische Schlinge um die Ukraine deutlich lockert.
- ... Nun gilt es für die Bundesregierung, die OSZE auch zum entscheidenden Ort zu machen, an dem ohne Vorbedingung über die Grundarchitektur einer zur konstruktiven Konflikttransformation fähigen gesamteuropäischen Friedensordnung verhandelt wird.“³⁹

Ehemalige Botschafter und Militärs regen an, auf Basis einschlägiger OSZE-Dokumente ohne Vorbedingungen eine hochrangige Konferenz durchzuführen, während derer auf jegliche militärische Eskalation verzichtet werden müsste.⁴⁰

Rüdiger Lüdeking hat darauf hingewiesen, dass bereits 1997 eine Reihe prominenter amerikanischer Politiker sowie Sicherheits- und Militärexperthen die NATO-Osterweiterung als verhängnisvollen Fehler bezeichnet haben:

- „Darunter so integre, einer Beschwichtigung gegenüber Russland nicht verdächtige Persönlichkeiten wie der ehemalige Verteidigungsminister Robert McNamara, Senator Sam Nunn und der langjährige Abrüstungsverhandler Paul Nitze.
- Nahezu prophetisch wirkt heute die Einschätzung des amerikanischen Diplomaten und Historikers George F. Kennan, der als Urheber der von den USA seit 1947 während des Kalten Kriegs verfolgten Containment-Politik „zur Eindämmung des sowjetischen Imperialismus“ gilt.
- Er bezeichnete 1997 die Nato-Erweiterung als ‚verhängnisvollsten Fehler der amerikanischen Politik in der Ära nach dem Kalten Krieg‘ und führte hierzu begründend aus, dass ‚diese Entscheidung erwarten lasse, dass die nationalistischen, antiwestlichen und militaristischen Tendenzen in der Meinung Russlands entzündet werden; dass sie einen schädlichen Einfluss auf die Entwicklung der Demokratie in Russland haben, dass sie die Atmosphäre des Kalten Krieges in den Beziehungen zwischen Osten und Westen wiederherstellen und die russische Außenpolitik in Richtungen zwingen, die uns entschieden missfallen werden.“⁴¹

Dem und ganz einer im November 2021 in einem von der Projektgruppe MSK verändern e.V. vermittelten Gespräch⁴² von unserer Initiative ihm gegenüber geäußerten Anregung entsprechend hat Botschafter Wolfgang Ischinger als Vorsitzender der MSC auf der Bundespressekonferenz am 14.02.2022 angeregt:

- *„Der Westen hat gute Gründe, über eigene gemachte Fehler nachzudenken. Warum man 2007 nicht ernster genommen hat, was damals von Wladimir Putin vorgetragen wurde. Warum man 2008 den Vorstoß der amerikanischen Regierung [zur Eröffnung einer NATO-Beitrittsperspektive für die Ukraine und Georgien] nicht noch viel vehementer zurückgewiesen hat, nämlich – aus russischer Sicht – einer roten Linie.“*
- *Wenn man eine Lage herbeiführt, wo eine Partei sagt: „Ich gebe zu, da haben wir leider einen Fehler gemacht“ – das erhöht die Chance, dass die andere Seite sagt „Wir haben auch einen Fehler gemacht. Und wenn Sie diese Lage herbeiführen können, das ist verhandlungstechnisch die halbe Miete.“⁴³*

Martina Fischer (Brot für die Welt, Plattform ZKB) führt aus:

- *„Während Russland in den 2010er Jahren in Europa neben der EU eine Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) unter Einschluss der Ukraine anstrebte, betonten westliche Regierungen die*



„Der Westen hat gute Gründe, über eigene gemachte Fehler nachzudenken. Warum man 2007 nicht ernster genommen hat, was damals von Wladimir Putin vorgetragen wurde. Warum man 2008 den Vorstoß der amerikanischen Regierung [zur Eröffnung einer NATO-Beitrittsperspektive für die Ukraine und Georgien] nicht noch viel vehementer zurückgewiesen hat, nämlich – aus russischer Sicht – einer roten Linie.“

Botschafter Wolfgang Ischinger, MSC-Vorsitzender auf der Bundespressekonferenz am 14.02.2022



„Die russische Regierung hat immer klargemacht, dass sie eine Ausdehnung der Nato bis an ihre Grenzen nicht dulden wird. Trotzdem gab die

Selbstbestimmung des Landes und seine Einbindung in den Westen. Das Assoziierungsabkommen, das die EU 2014 mit der Ukraine, Moldau und Georgien unterzeichnete, war der nächste Schritt in einem Wettlauf konkurrierender und einander ausschließender Integrationskonzepte.

- *Ein Ausstieg aus der gefährlichen Dynamik ist nur möglich, wenn Sicherheit jenseits von Militärbündnissen definiert und als kooperatives Projekt verstanden wird. Es geht um die Gestaltung einer neuen Sicherheitsarchitektur in Europa, die Stabilität und Frieden garantiert. Es geht um die Herstellung von Sicherheit durch Kooperation, Vertrauen und Diplomatie. Auf regionaler europäischer Ebene bildet die „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ ein bewährtes Forum für Prävention und Dialog. Der OSZE gehören 57 Staaten in Europa und Zentralasien sowie die USA und Kanada an. Ihre diplomatischen und sicherheitspolitischen Instrumente (Dialog- und Mediationsformate und Beobachtungsmaßnahmen) kamen im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine bereits zum Einsatz, werden jedoch im internationalen Kontext insgesamt noch viel zu wenig genutzt und unterstützt.⁴⁴*

Michael von der Schulenburg, ehemaliger Assistant Secretary-General der Vereinten Nationen:⁴⁵

- *In der Ukraine könnte der Grundstein für eine neue gesamteuropäische Friedensordnung gelegt werden.*
- *Eine französisch-deutsche Friedensinitiative, die auf Diplomatie und nicht auf militärische Bedrohung, auf Zusammenführen und nicht auf Ausschließen und auf Anerkennung gegenseitiger Sicherheitsinteressen aufbaut, könnte den Grundstein für eine gesamteuropäische Friedensordnung legen. Nachdem 1963 Frankreich und Deutschland ihre Erbfeindschaft in eine Freundschaft verwandelt haben, könnte man nun damit beginnen, auch die heute noch bestehende Feindschaft mit Russland, dem dritte große Kontrahenten zweier Weltkriege auf dem europäischen Kontinent, abzubauen. So könnte eine neue Chance für einen Frieden entstehen, die nach dem Ende des Kalten Krieges sträflich vertan wurde.*

Als Vorbild für kommende OSZE-Verhandlungen empfehlen sich die Lösung der ähnlich gelagerten Krisen um die Åland-Inseln zwischen Schweden und Finnland 1918, der Kubakrise 1962 und der Konflikte mit russischen Minderheiten in Estland und Lettland 1991-2001.⁴⁶

In Estland, Lettland und auf den Åland-Inseln konnte jeweils ein für alle Seiten befriedender Autonomiestatus inklusive entsprechender Sprachenrechte ausgehandelt werden.

Bereits die Studiengruppe „Gängige Mythen der Sicherheitspolitik“ der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler hat 2019 den verbreiteten Mythos „Russland hat die europäische Friedensordnung aufgekündigt“ eindrucksvoll widerlegt und auf normative und praktische Asymmetrien im Verhalten des Westens sowie die

Nato beim Gipfel in Bukarest 2008 der Ukraine und Georgien das Signal, die Beitrittstür stehe offen. Das war – um es vorsichtig zu sagen – alles andere als konfliktsensibel. Man hat nicht genügend reflektiert, was dieser Schritt für den Kreml bedeutet. Damit ist viel Vertrauen zerstört worden, was Russland mit der Destabilisierung der beitriftswilligen Länder quittiert.“

Martina Fischer, Referentin für Frieden- und onfliktbearbeitung bei Brot für die Welt, FR-Interview vom 8.2.2022



„Und doch, der jetzige Ukraine-Konflikt trägt auch die Möglichkeit in sich, politische Fehlentwicklungen nach dem Ende des Kalten Krieges zu bereinigen und zu einer dauerhaften gesamteuropäischen Friedensregelung zu kommen. Nur müssten sich vor allem die Staaten Europas daran erinnern, dass der Ukraine Konflikt primär ein inner-europäischer Konflikt ist und sich eine Lösung nur finden lässt, wenn Europas eigenen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen und nicht global

Notwendigkeit des Eingeständnisses des eigenen Beitrags zu konfrontativen Beziehungsmustern hingewiesen.⁴⁷

Machtansprüche in den Vordergrund gestellt werden.“

Michael von der Schulenburg,
ehemaliger Assistant Secretary-General der Vereinten Nationen, Wall Street International,
1.2.2022

Referenzen MSC-Report 2022

- „What the West understood as a mutually beneficial framework for cooperation based on jointly agreed-upon rules is seen by Russia as a Western-dominated system in which Russia has no proper place.¹¹ The renewed debate on NATO enlargement – most notably about the promises made or not made at the end of the Cold War – illustrates the different perceptions that exist in Russia and the West.“ (S. 95)
- „Through this lens, classic diplomacy, even if presented in the bluntest way possible – as with Vladimir Putin’s speech at the Munich Security Conference fifteen years ago – has not been able to drive home the importance of Russia’s message that the West is trampling on what are seen as Russia’s legitimate interests in its neighborhood, particularly in Ukraine. From this point of view, only the threat or the actual use of force have made the West listen.“ (S. 98/99)
- „In a similar vein, a group of German analysts and former officials is also calling for a recalibration of the West’s approach in order to break out of what they refer to as an “escalation spiral.” Rather than stepping up sanctions and deterrence, they call for a high-level conference with the goal of a “revitalization of the European security architecture” without any preconditions, as well as for a moratorium on additional troop deployments, a revitalization of the NATO-Russia Council, and offers for economic cooperation.“ (S. 105)



„Der zentrale Punkt ist die Arbeit an einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur mit Russland auf Augenhöhe. Den Wunsch dazu hat Wladimir Putin schon vor 20 Jahren geäußert in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag, die er auf Deutsch gehalten hat.“

Matthias Platzeck,
Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums am 22.01.2021 in der FR

6

Globale Ungleichheit überwinden

Dem MSC-Report ist hinzuzufügen, dass zur Erreichung der UN Sustainable Development Goals dringend eine Rückführung der weltweit steigenden Rüstungsausgaben geboten ist. Die allorts steigenden Ausgaben für militärische Sicherheitspolitik fehlen zur Finanzierung der chronisch unterfinanzierten Instrumente zur Erreichung der SDGs.

Das Szenario Sicherheit neu denken zeigt beispielhaft auf, wie durch einen Paradigmenwechsel von militärischer zu ziviler Sicherheitspolitik bisher fehlende Mittel allein in Deutschland in Höhe von jährlich über 70 Mrd. Euro zur Überwindung der globalen Ungleichheit freigesetzt werden könnten.

Dabei geht es auch um eine nachhaltige Veränderung unseres Lebens- und Wirtschaftsstils zur Gewährleistung internationaler Gerechtigkeit. *(siehe Kapitel 8)*



„Frieden kann nicht mit Waffen oder Wohlstandssicherung nur für den Norden geschaffen werden.“

Christoph von Lieven,
Greenpeace, in der FR
am 17.02.2022

7

Den Mythos der Wirksamkeit von Gewalt überwinden

Der Mythos nachhaltiger Wirksamkeit militärischer Interventionen hält sich hartnäckig - trotz offensichtlich gegenteiliger Erfahrungen und Studienergebnisse.

Dabei zeigen zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen, dass die Wirksamkeit von Militäreinsätzen im Ausland zur Erreichung langfristiger politischer Ziele sehr gering bis kontraproduktiv ist.⁴⁸

Der überzeugendste Beweis für die Sinnlosigkeit des Einsatzes militärischer Gewalt zur Überwindung weltweiten Terrors und zum Aufbau demokratischer Gesellschaften ist die Zahl von 130.000 (!) US-Soldat*innen, die sich nach ihrer Rückkehr aus den Kriegseinsätzen in Afghanistan und im Irak seit 2001 in den USA selbst getötet haben.⁴⁹

Das „High-Level Independent Panel on United Nations Peace Operations“ (HIPPO, Hochrangige Unabhängige Untersuchung von UN-Friedensoperationen) empfahl bereits 2015, dass unbewaffnete Strategien im Vordergrund von UN-Bemühungen um den Schutz von Zivilbevölkerungen stehen müssen. Die „Fokussierung von UN-Missionen auf militärische Interventionen“ sei „kontraproduktiv“.⁵⁰

Peter Rudolf fasst die Ergebnisse zahlreicher internationaler Studien zur relativen Unwirksamkeit militärischer Interventionen zur Erreichung politischer Ziele so zusammen:⁵¹

- *„Gegen die historisch vielfach zu beobachtende starke Zuversicht nicht nur militärischer, sondern auch politischer Entscheidungsträger in die Erfolgsaussichten militärischer Gewalt sprechen die Ergebnisse jener Untersuchungen, die eine große Zahl von Militäreinsätzen in den Blick nehmen und sie statistisch auswerten.“*
- *„Territorien lassen sich verteidigen oder erobern, Regime stürzen, aber politische Ziele nur schwer mit militärischer Gewalt erzwingen, besonders dann, wenn der Einsatz sich gegen nichtstaatliche Akteure richtet.“*

Eine weitere Studie bestätigt

- *„Gegenüber nichtstaatlichen Akteuren in Gestalt von Guerillabewegungen haben externe militärische Einsätze eine recht geringe Erfolgsaussicht.“⁵²*

„Nicht Demokratie, vielmehr eher Bürgerkrieg und Chaos folgen nach dem Sturz eines fremden Herrschers“ – diese in Afghanistan,



„Schließlich ist der Einschätzung [des Szenarios Sicherheit neu denken] zuzustimmen, Kriege seien ‚stets von Wunschenken und Machtphantasien geleitet‘ und das Potential militärischer Interventionen werde ‚chronisch überschätzt‘.

Oberst Prof. Dr. Matthias Rogg, Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, bei der Vorstellung des Szenarios im April 2018

Libyen und dem Irak sehr anschauliche Tatsache ist ebenfalls wissenschaftlich belegt.⁵³

Auch das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) hat festgestellt, dass Gewaltkonflikte durch Interventionen häufig mehr Opfer fordern, länger dauern und schwieriger durch eine Verhandlungslösung beizulegen sind.⁵⁴

Die Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) stellte bereits 2010 in ihren „Lehren aus Afghanistan - Zehn Thesen und ein Plädoyer“ fest:⁵⁵

- *In der überfälligen Debatte über deutsche Sicherheits- und Friedenspolitik ist eine nachhaltige Neuorientierung dieser Politik zugunsten des zivilen Elements anzustreben.*
- *Der wohlfeilen politischen Rhetorik muss endlich die realpolitische Substanzausfüllung des Konzepts ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung folgen.*
- *Das überkommene Ungleichgewicht zwischen militärischen und zivilen Fähigkeiten, Kapazitäten und Ressourcen gilt es zu überwinden.*
- *Gerade der Fall Afghanistan zeigt deutlich diese schon lang anhaltende Schiefelage zwischen militärischen und zivilen Mitteln und bekräftigt die Erkenntnis, dass Militär ein in seiner Wirkung immer wieder weit überschätztes, immens teures und letztlich untaugliches Instrument nachhaltiger Konfliktbearbeitung und Friedenspolitik ist.“*

Die Studiengruppe Europäische Sicherheit und Frieden der Vereinigung deutscher Wissenschaftler enthüllte 2019 den Mythos „Robuste Militärinterventionen können dabei helfen, Konflikte im Globalen Süden zu lösen.“⁵⁶

- *„Zusammenfassend ist festzuhalten, dass robuste militärische Interventionen in der Regel nicht dazu beitragen, Konflikte im Süden zu lösen. Sie verstärken und verlängern eher die Probleme.“*
- *Die jüngsten militärischen Interventionen „haben etwa in Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien zu mehr Unsicherheit geführt, im Kongo oder in Somalia hat sich auch nach jahrelangen Interventionen nichts Grundlegendes verändert. Versuche der Stabilisierung wie etwa in Mali oder in der Zentralafrikanischen Republik schlagen fehl oder kommen nicht wirklich voran, weil die dem Konflikt zugrundeliegenden Ursachen komplex und struktureller Art sind.*
- *Sie lassen sich deswegen weder durch bessere finanzielle und personelle Unterstützung der Interventen noch durch bessere zivil-militärische Koordinierung und länger andauernde Interventionen lösen.“*

Dan Krause, Hauptmann a.D., Oberstleutnant d.R., wissenschaftlicher Mitarbeiter und Dozent an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg sowie Geschäftsführer des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit (WIFIS) fasst in der Zeitschrift für Innere Führung der Bundeswehr (if - Heft 03/2020) in seinem Artikel "Stabilisierung im Treibsand? - Von Illusionen, Fehlern und Erfolgsbedingungen westlicher Stabilisierungsbemühungen" anhand der internationalen Stabilisierungsbemühungen in der Sahel-Region, Afghanistan und Vietnam sehr anschaulich den großen Aufwand und die relative Erfolglosigkeit militärischer Auslandsinterventionen.⁵⁷ Er kommt zu dem Schluss:

- *„Angesichts der bisherigen Ergebnisse westlicher Stabilisierungsbemühungen stellt sich grundsätzlich die Frage, ob es überhaupt Sinn macht, derartig komplexe Interventionen im globalen Süden anzustrengen. Hier sollte deshalb eindeutig die Prävention in den Mittelpunkt der Anstrengungen gestellt werden. ...*
- *Sind Konflikte erst einmal ausgebrochen, sind erfolgreiche Stabilisierungsmaßnahmen angesichts der oben aufgezeigten Schwierigkeiten extrem schwierig zu erreichen und verdammt teuer; um ein Vielfaches teurer, als intensive, jahrzehntelange Prävention. ...*
- *Es muss auf eine Strategie gesetzt werden, die konsequent einer politischen Logik der Konfliktlösung und Stabilisierung folgt. ...*
- *Dies gelingt nur, wenn die Ursachen des Konflikts – häufig unter weitgehend unparteiischer Anleitung (Mediation) – konstruktiv bearbeitet und wenn möglich der Konflikt gelöst wird. Dazu gehört in den meisten Fällen die Beteiligung der wesentlich an dem Konflikt beteiligten Akteure, ausdrücklich einschließlich problematischer Akteure. ...*
- *Keine noch so ausgeklügelte Counterinsurgency-Strategie und keine Summe an Soldaten, Polizisten oder Finanzmitteln und sei sie noch so groß, ist in der Lage, langfristig die Sicherheitslage zu stabilisieren. Hierzu müssen die politischen und sozialen Konfliktursachen bearbeitet und wenn möglich gelöst werden. ...*
- *Noch besser aber wären die Priorisierung und der koordinierte Ausbau der vielfältigen präventiven Maßnahmen und Möglichkeiten, um eine gewaltsame Konfliktaustragung bereits im Vorfeld zu verhindern. ...*
- *Zwingend für den Erfolg von Stabilisierungseinsätzen ist die Existenz einer umfassenden Strategie mit politischen Prozessen zur Konfliktlösung unter Berücksichtigung aller Instrumente auswärtigen Handelns und der konsequenten Anwendung der vorhandenen Konzepte zur Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung. ...“*



„Angesichts der bisherigen Ergebnisse westlicher Stabilisierungsbemühungen stellt sich grundsätzlich die Frage, ob es überhaupt Sinn macht, derartig komplexe Interventionen im globalen Süden anzustrengen. Hier sollte deshalb eindeutig die Prävention in den Mittelpunkt der Anstrengungen gestellt werden.“

Dan Krause, Hauptmann a.D., Oberstleutnant d.R., wissenschaftlicher Mitarbeiter und Dozent an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg sowie Geschäftsführer des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit (WIFIS) in der Zeitschrift für Innere Führung der Bundeswehr if 3/2020

Wie schon im Afghanistan-Kapitel aufgeführt

bilanziert zudem der Kommentar von tagesschau.de 2021 zu 20 Jahre 9/11 und Krieg gegen den Terror eindeutig:

- *"Fanatismus lässt sich eben nicht mit militärischer Überlegenheit und Drohnenschlägen bekämpfen."*⁵⁸

Und die Mega-Evaluation des BMZ zu Afghanistan aus dem Jahr 2020 warnte unter der Überschrift „Werden wir jemals lernen?“ vor dem Fortschreiben des bisherigen Fehlschlusses „Mehr vom Alten hilft mehr“.⁵⁹

Die Mega-Evaluierung 148 internationaler Studien zur zivil-militärischen Intervention in Afghanistan seit 2002 konstatierte eindeutig:

- *„Wir sollten akzeptieren, dass vieles von dem, was wir gern erreichen möchten, nicht eher funktioniert, bis es eine politische Konfliktlösung gibt. Ohne diese Voraussetzung befeuert externe Hilfe aus vielfältigen Gründen oftmals sogar die vorhandenen Konflikte.“*

Die US-Regierung bilanzierte ihr eigenes militärisches Desaster in Afghanistan selbst bereits 2016. Die Washington Post berichtete im Dezember 2019 nach erfolgreicher Verklagung der US-Regierung auf Herausgabe des Berichts bereits eindrücklich, wie ahnungs- und wirkungslos die US-Militärintervention in Afghanistan vom US-Militär und den für den Afghanistan-Einsatz verantwortlichen Generälen schon 2016 eingeschätzt wurde:⁶⁰

- *„Wir wussten nicht, was wir tun.“*
- *"Wir hatten keine Ahnung was wir in Afghanistan taten. Wenn die amerikanische Öffentlichkeit geahnt hätte, wie groß das Ausmaß der Ahnungslosigkeit war...“*
- *„Es ist nicht möglich, Fortschritte in Afghanistan zu messen - die Messzahlen sind immer manipuliert worden.“*
- *„Das amerikanische Volk ist fortlaufend über den Verlauf des Krieges angelogen worden.“*

Zu 20 Jahre 9/11 und Krieg gegen den Terror haben wir im September 2021 eine Zitatsammlung mit zahlreichen gleichlautenden und ähnlichen Aussagen zusammengestellt:⁶¹

- *"Es ist höchste Zeit, dass die Politik sich endgültig von dem Glauben an die Wirksamkeit militärischer Auslandseinsätze verabschiedet. Ein generelles Umdenken zu ziviler Sicherheitspolitik und Konfliktbearbeitung ist überfällig!" (ORL)*
- *„Wir reden stets über den Bundeswehreinsatz, fragen aber viel zu selten, ob die Bundeswehr oder eine konventionelle Armee überhaupt das richtige Instrument für eine solche*

Intervention ist.“ (Prof. Dr. Conrad Schetter, BICC)

- *„Wir wissen, dass militärische Strategien gegen den Terror eher konfliktverschärfend wirken, und wir wissen auch, dass humanitäre Missionen oder Missionen, die entwicklungs-politische Ziele haben, langfristig auch gegen terroristische Gruppen wirken können.“ (Prof. Dr. Ursula Schröder, IFSH)*

Auch Hilfsorganisationen ziehen eine vernichtende Bilanz des „Kriegs gegen den Terror“.⁶²

Auch Oberst Prof. Dr. Matthias Rogg von der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg kommt zu dem Schluss:

- *„Schließlich ist der Einschätzung zuzustimmen, Kriege seien ‚stets von Wunschdenken und Machtphantasien geleitet‘ und das Potential militärischer Interventionen werde ‚chronisch überschätzt‘.“⁶³*

Belege für schwerste Kriegsverbrechen westlicher Soldaten in Afghanistan konterkarieren das angebliche Ziel der Verteidigung von Menschenrechten durch Militäreinsätze.⁶⁴

Die ZDF-Politsatire „Die Anstalt“ hat in ihrer Sendung vom 5.10.2021 eine erfrischend klare und pointierte Analyse zum gescheiterten

Afghanistan-Einsatz und aller vorgebrachten Argumente für diesen Militäreinsatz veröffentlicht - samt Quellen-Nachweis.⁶⁵

Ein Synthese-Bericht zum HIPPO-Bericht 2015 sowie zu zwei weiteren großen internationalen Überprüfungsprozessen aus 2015 - zur UN-Friedenskonsolidierungs-Architektur und zur UN-Sicherheitsrats-Resolution 1325 (zu Frauen, Frieden und Sicherheit) – betont, dass „alle drei Untersuchungen Kritik üben an der aktuellen Fokussierung auf große militärgestützte Interventionen“.⁶⁶

Das Österreichische Bundesheer hat im Juni 2020 auf einer öffentlichen Pressekonferenz in Wien seine weitgehende eigene Auflösung vorgeschlagen. Die eintrittswahrscheinlichen Bedrohungen sähen keine konventionellen Angriffe auf die Republik mehr vor und auch keinen systemischen Terrorismus.

Als wahrscheinliche Herausforderungen werden dagegen Naturkatastrophen, Migration, Pandemien, Cyberbedrohungen, ein Black-out und einzelne Terrorangriffe gesehen. Die militärische Landesverteidigung werde für unwahrscheinlich erachtet. Diese Fähigkeit wolle man behalten, aber nicht den Umfang. Man wolle sich darauf konzentrieren, der Bevölkerung zu nutzen, militärische Landesverteidigung sei kein Schwerpunkt mehr.⁶⁷

Rudolf Hamann, Volker Matthies, Wolfgang R. Vogt von der Führungsakademie der Bundeswehr Hamburg problematisierten schon 1994 die militärische Instrumentierung der deutschen Außenpolitik und sprachen sich für eine Zivilisierung von Sicherheitspolitik aus:⁶⁸

- *Vor dem Hintergrund zunehmender Dysfunktionalität militärischer Gewalt und der nicht-militärischen Natur der meisten akuten und sich abzeichnenden Sicherheitsprobleme muss sich eine zukunftsorientierte und friedenspolitisch ausgelegte Sicherheitspolitik ... von vier Prinzipien leiten lassen: 1. Zivile Konfliktbearbeitung, 2. Prävention, 3. Kollektivität, 4. Partizipation.“*

Die 2011 veröffentlichte Studie "Warum ziviler Widerstand funktioniert" der US-Amerikanerinnen Erica Chenoweth und Maria J. Stephan zeigt, dass gewaltvolle Aufstände in betrachteten 323 Konflikten im Zeitraum 1900 bis 2006 weltweit nur halb so wirksam waren wie zivile Aufstände. Somit ist auch die militärische Unterstützung gewaltsamer Aufstände aus dem Ausland nicht zielführend.⁶⁹

Die Wahrscheinlichkeit einer Demokratie fünf Jahre nach einem Konflikt ist demnach bei gewaltfreiem Vorgehen zehnmal höher als bei der Wahl gewaltvoller Mittel. Die Wahrscheinlichkeit eines Bürgerkriegs zehn Jahre nach dem Konflikt ist bei der Wahl gewaltvoller Mittel fast doppelt so hoch wie bei der Wahl gewaltfreier Mittel zur Erreichung politischer Ziele.

Gewaltfreie Kampagnen bedingen wesentlich weniger Tote, Verletzte und materielle Zerstörungen.

Untersucht wurden verschiedene Methoden zur Erreichung folgender politischer Ziele:

1. Aufstand gegen ein Regime (*Ziel Regimewechsel*)
2. Besatzungs- oder Unabhängigkeitskampf
(*Ziel Vertreibung der Besatzer bzw. Unabhängigkeit*)
3. Sezessionskämpfe
(*Ziel Abspaltung eines Teilgebiets von einem Land*)

Gründe und Bedingungen für den Erfolg ziviler im Vergleich zu gewaltsamen Kampagnen sind demnach:

1. Die Fähigkeit, die Massen zu mobilisieren
2. Eine geringere Isolierbarkeit der beteiligten Personen
3. Kreative und häufige Methodenwechsel

Auch zahlreiche Beispiele des Forums Crisis Prevention veranschaulichen die Wirksamkeit internationaler ziviler Krisenprävention und -intervention.⁷⁰



8 Sicherheit neu denken

Das Szenario „Sicherheit neu denken – von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik 2040“ zeigt auf, wie die vom Munich Security Report 2022 beschriebenen scheinbar aussichtslosen Konfliktlagen durch einen konsistenten Paradigmenwechsel deutscher und europäischer Politik von militärischer zu ziviler Sicherheitspolitik nachhaltig und friedlich transformiert werden können: ⁷¹

- Deutschland stellt bis 2040 in Kooperation mit anderen Ländern komplett auf eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik um.
- Deutschland investiert jährlich 80 Mrd. Euro in zivile Krisen-Prävention anstatt die Bundeswehr.
- Entsprechend der Forderungen der Fridays-for-Future-Bewegung leben und wirtschaften wir im Einklang mit den Pariser Klimazielen. Wir nehmen die Klimakrise genauso ernst wie die Corona-Pandemie.
- Dank jährlich 27 Mrd. Euro deutscher Beitragszahlungen ist die UNO wirklich wirksam.
- Eine Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft der EU mit Russland / der EAWU sichert den dauerhaften Frieden in Europa.
- Dank jährlich 6 Mrd. Euro deutscher Beiträge ist die OSZE in Europa wirksamer Garant für Sicherheit und Frieden.



“Für eine speziell auf Deutschlands Qualitäten zugeschnittene Sicherheitspolitik brauchen wir auch Idealisten. Sie haben in den vergangenen Jahren die Realpolitiker mehrfach Lügen gestraft.”

Hans-Dieter Heumann,
Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik am 13.06.2013

- Der Welternährungsfonds, der Weltklimafonds und die UN-Flüchtlingshilfefonds sind ausreichend finanziert.
- Afrika ist dank 17 Mrd. Euro jährlicher Unterstützung aus Deutschland sowie einer veränderten EU-Handelspolitik auf dem Weg zur Erreichung seiner selbstgesteckten Nachhaltigkeitsziele 2063.
- Deutschland ist innerhalb der EU, OSZE, NATO und UNO Vorreiter in ziviler Krisenprävention.



„Als afrikanische Zivilgesellschaft verstehen wir uns als Teil der Initiative Sicherheit neu denken, die wir in die Afrikanische Union tragen wollen.“

Marie-Noelle Koyara, Verteidigungsministerin der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) 2015-2021, Vorsitzende des Nationalen Rats für Gewaltfreiheit

Das auch als Anregung für ähnliche Szenario-Entwicklungen in anderen Ländern gedachte Szenario fand nach seiner Veröffentlichung 2018 so vielfältig positive Resonanz, dass es inzwischen in mehrere Sprachen übersetzt wurde.⁷²

Grundlage des Szenarios sind vielfältig entwickelte und erprobte Konzepte der Zivilgesellschaft und der Bericht der Bundesregierung zur Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ aus dem Jahr 2014.

Das Szenario zeigt auf, wie die vielfältigen bereits bestehenden Ansätze für eine zivile Sicherheitspolitik zukünftig konsequent weiter ausgebaut werden können – und beschreibt dazu fünf Pfeiler ziviler Sicherheitspolitik:

1. Gerechter Wirtschafts- und Lebensstil
2. Nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten
3. Entwicklung einer globalen zivilen Sicherheitsarchitektur
4. Resiliente Demokratie
5. Konversion der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie

Für den Paradigmenwechsel hin zu einer nachhaltigen Zivilen Sicherheitspolitik braucht es u.a. die Stärkung folgender Organisationen und Institutionen:

- [Plattform Zivile Konfliktbearbeitung](#)
- [FRIENT Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung](#)
- [Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden](#)
- [Konsortium Ziviler Friedensdienst](#)
- [Abteilung Krisenprävention, Stabilisierung, Konfliktnachsorge und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt](#)
- [Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung \(AFK\)](#)
- [Fachverband Gewaltfreie Kommunikation](#)
- [Stabilisation Platform](#)
- [Forum Crisis Prevention](#)
- [AG Friedenslogik](#)

Zudem braucht es entsprechend der Stellungnahme des Beirats „Zivile Krisenprävention und Friedensförderung“ der Bundesregierung zum Bericht über die Umsetzung der Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ der Bundesregierung⁷³ einen zwischen der Zivilgesellschaft und der Bundesregierung vereinbarten konkreten Umsetzungsplan, der für alle relevanten Bereiche Aufbauziele mit Personalstärken und wichtige Implementierungsschritte enthält.

Dazu sollten unter anderem zählen:

- ein Personalstärken- und Entwicklungskonzept für internationale Polizeieinsätze,
- Zielgrößen für die Stärkung nichtstaatlicher, zivilgesellschaftlicher Träger*innen,
- eine Institutionalisierung der Krisenfrüherkennung zwischen Wissenschaft und den Ressorts und der Aufbau von Beratungskapazitäten für die eigene Strategiefähigkeit,
- die Umsetzung und Weiterentwicklung des vorliegenden interministeriellen Konzepts zur Kommunikation von Krisenengagement, um Krisenprävention mehr Sichtbarkeit und damit mehr politisches Gewicht zu verleihen.
- die Finanzierung von bundesweit 100 Bildungspromotor*innen für Zivile Krisenprävention und -intervention analog zu den ca. 100 vom Bund finanzierten Bundeswehr-Jugendoffizieren.

Zudem braucht es eine starke Verankerung Ziviler Sicherheitspolitik sowie Ziviler Friedens- und Sicherheitslogik in der Nationalen Sicherheitsstrategie, die bis Ende 2022 ausgearbeitet werden soll.

Konstruktive Konfliktbearbeitung sollte zudem ein eigener Förderungsschwerpunkt im neuen Demokratiefördergesetz werden - siehe Positionspapier „Demokratie braucht den konstruktiven Umgang mit Konflikten“ der Plattform-AG "Zivile Konfliktbearbeitung im Inland".⁷⁴

Wir benötigen die Etablierung von Instrumenten und Strukturen zur Bearbeitung von gesellschaftlichen Konflikten und die Verankerung einer konstruktiven Konfliktkultur in der Breite der Gesellschaft zur nachhaltigen Bearbeitung bestehender gesellschaftlicher Herausforderungen.

Seit 2019 formiert sich auf der Basis des Szenarios eine bundesweite Initiative für eine nachhaltige Zivile Sicherheitspolitik, die bisher von folgenden 40 deutschen und 3 europäischen Organisationen getragen wird:



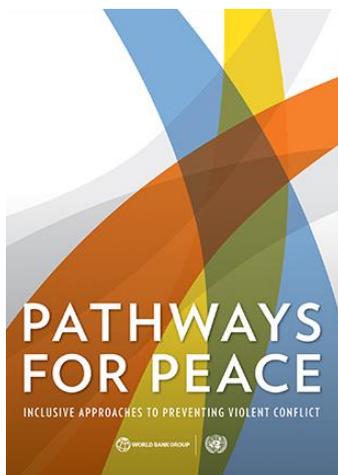


Food for Thought



[Sicherheit neu denken](#)
[- von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik.](#)
[Ein Szenario bis 2040](#)

Ralf Becker, Stefan Maaß,
Christoph Schneider-Harpprecht [Hg.]



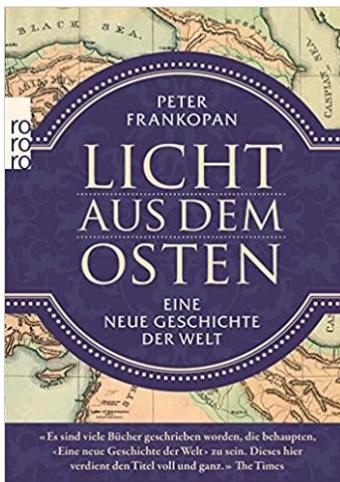
[Pathways for Peace](#)
[- Inclusive Approaches to Preventing Violent Conflict](#)

United Nations–World Bank Group



[Why Civil Resistance Works:](#)
[The Strategic Logic of Nonviolent Conflict](#)

Erica Chenoweth und Maria J. Stephan



[Licht aus dem Osten: Eine neue Geschichte der Welt](#)

Peter Frankopan



[Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ 2017](#)

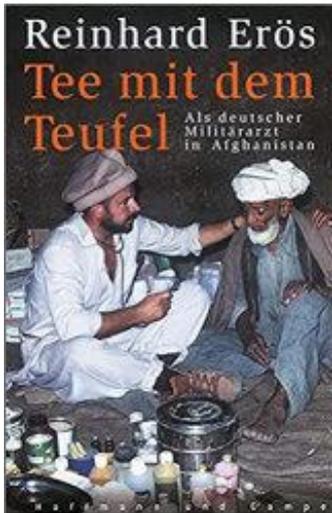
Deutsche Bundesregierung



[Umsetzungsbericht 2021](#)

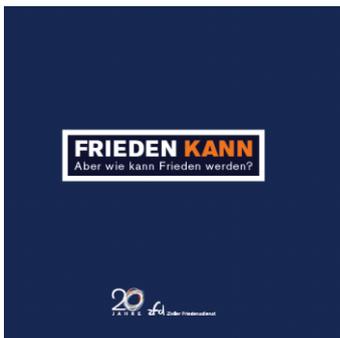
[Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“](#)

Deutsche Bundesregierung



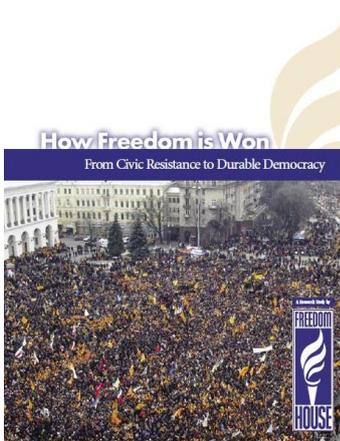
[Zum Tee mit dem Teufel](#)

Reinhard Erös



[20 internationale Wirksamkeits-Beispiele
Zivilen Friedensdienstes](#)

Forum ZFD



[How Freedom is won:
From Civic Resistance to Durable Democracy](#)

Adrian Karatnycky and Peter Ackerman



[Corona-Pandemie
- Implikationen für die Sicherheitspolitik](#)

IFSH Policy Brief



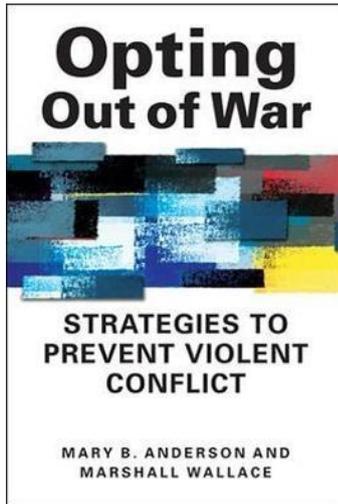
[Wer den Wind sät:
Was westliche Politik im Orient anrichtet](#)

Michael Lüders



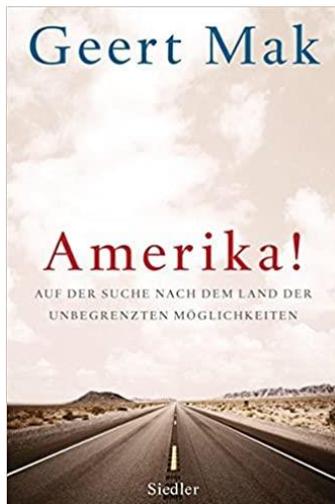
[Eiszeit: Wie Russland dämonisiert wird
und warum das so gefährlich ist](#)

Gabriele Krone-Schmalz



[Opting Out of War
Strategies To Prevent Violent Conflict](#)

Mary B. Anderson and Marshall Wallace



[Amerika! Auf der Suche nach dem Land der
unbegrenzten Möglichkeiten](#)

Geert Mak 2013



[Projektzeitung Nr. 17 - Februar 2022 zur MSC 2022](#)

der Projektgruppe
„Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V.

Fehler-Offenheit

Dieser Rethinking Security Report ist innerhalb weniger Tage seit der Veröffentlichung des MSC Reports in der Zeit vom 14.-19.02.2022 entstanden.

Entsprechend der im Konzept der Friedenslogik verankerten Fehlerfreundlichkeit bitten wir ggfs. um Nachsicht für Auslassungen und Fehler. Anregungen zur Verbesserung dieses und zukünftiger Reports nehmen wir gern entgegen.

www.sicherheitneudenken.de

Ralf Becker

Fußnoten

¹ Tobias Bunde, Sophie Eisentraut, Natalie Knapp, Randolph Carr, Julia Hammelehle, Isabell Kump, Luca Miehe, and Amadée Mudie-Mantz, "Munich Security Report 2022: Turning the Tide – Unlearning Helplessness," Munich: Munich Security Conference, February 2022, <https://doi.org/10.47342/QAWU4724>.

² siehe <https://psychologycompass.com/blog/overcoming-learned-helplessness/>

³ siehe <https://pzkb.de/publikationen/aktualisierte-fassung-friedenslogik-weiterdenken-dialoge-friedensarbeit-politik-infolyer/>

⁴ Mary B. Anderson (2004): Experiences with Impact Assessment: Can we know what Good we do? In: Alex Austin et. al. (eds.): Transforming Ethnopolitical Conflict. The Berghof Handbook for Conflict Transformation. Berlin: Berghof Research Center for Constructive Conflict Management (heute: Berghof Foundation), S.193-206.

⁵ siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/sicherheit-neu-denken-unsere-vision/>

⁶ Deutsche Bundesregierung, Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr, 2016, <https://sicherheitneudenken.eki-musterhausen.de/html/media/dl.html?v=186951>

⁷ Deutsche Bundesregierung, Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern, 2017, <https://sicherheitneudenken.eki-musterhausen.de/html/media/dl.html?v=186950>

⁸ siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/250808/kommentar-tagesschau.de-09.11.2021-zu-9-11.pdf>

⁹ Christoph Zürcher, Meta-Review of Evaluations of Development Assistance to Afghanistan, 2008 – 2018, Chapeau Paper März 2020, <https://www.sicherheitneudenken.de/html/media/dl.html?v=198198>

¹⁰ siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/html/media/dl.html?v=217731>

¹¹ siehe <https://sicherheitneudenken.eki-musterhausen.de/html/media/dl.html?v=187691>

¹² <https://www.welt.de/politik/ausland/video233478298/US-Praesident-Abzug-aus-Afghanistan-Joe-Biden-wendet-sich-mit-Rede-an-die-Nation.html>

¹³ <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/250626/aus-afghanistan-lernen-ausgewaehlten-zitate-september-2021.pdf>

¹⁴ <http://www.sicherheitneudenken.de/news.phtml?id=47607>

¹⁵ Dr. Barbara Müller, Prof. Dr. Berthold Meyer et al., Lehren aus Afghanistan - Zehn Thesen und ein Plädoyer, in Wissenschaft & Frieden 2010-3: Afghanistan: Krieg ohne Ende, Seite 37–38, <https://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=1639>

¹⁶ Deutsche Bundesregierung, Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung 2004“, Umsetzungsbericht 2014: <https://sicherheitneudenken.eki-musterhausen.de/html/media/dl.html?v=186923>

¹⁷ Deutsche Bundesregierung, Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ 2017, <https://sicherheitneudenken.eki-musterhausen.de/html/media/dl.html?v=186950>

- ¹⁸ Deutsche Bundesregierung, Umsetzungsbericht der Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ 2021, https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/238497/210330-umsetzungsbericht-krisenleitlinien-data_1.pdf
- ¹⁹ https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/238498/stellungnahme_umsetzungsbericht_leitlinien_beirat_zivile_krisenpraevention_2021_03_31-1_1.pdf sowie https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/238499/21_03_31_stellungnahme_umsetzungsbericht_plattform_1.pdf
- ²⁰ Prof. Dr. Conrad Schetter im Tagesschau-Interview am 31.08.2021, <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/afghanistan-ende-useinsatz-101.html>
- ²¹ siehe www.wdr.de/tv/monitor/presse_070531.phtml
- ²² siehe <https://www.welt-sichten.org/artikel/39219/das-totale-daemonisieren-der-taliban-ist-falsch>
- ²³ <https://www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/article/appell-afghanistan-krieg-auslandseinsatz-wirksamkeit-entzaubert-zivile-sicherheitspolitik-454.html>
- ²⁴ <https://www.welt.de/politik/ausland/video233478298/US-Praesident-Abzug-aus-Afghanistan-Joe-Biden-wendet-sich-mit-Rede-an-die-Nation.html>
- ²⁵ https://www.friedenskooperative.de/sites/default/files/dossier_iv_din_a4_druck-1.pdf
- ²⁶ Freedom House How Freedom is Won - From Civic Resistance to Durable Democracy, 2005, https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/268831/how_freedom_is_won_1.pdf
- ²⁷ siehe <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/frankreich-mali-abzug-101.html>
- ²⁸ Dr. Anthea Bethge, Wen braucht der Frieden in Mali?, Vortrag in der Ev. Akademie Bad Herrenalb am 23.09.2021, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/252786/2021-mali-video.pdf>
- ²⁹ <https://www.ziviler-friedensdienst.org/de/dossiers/praevention/mali/interview-orfed>
- ³⁰ Dr. Wolfgang Heinrich, Hoch eskalierte Konflikte mit zivilen Mitteln bearbeiten?, Bad Herrenalb 23.09.2021, https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/252686/2021-09-23_konflikte-mit-ziv-mitteln-bearbeiten_2_final_.pdf sowie "...UND WERDEN NICHT MEHR LERNEN, KRIEG ZU FÜHREN" - Möglichkeiten und Herausforderungen gewaltfreier Konfliktbearbeitung, Heidelberger Gespräche 2019, <https://sicherheitneudenken.eki-musterhausen.de/html/media/dl.html?v=186604>
- ³¹ siehe <https://www.humanrightsfilmfestivalberlin.de/de/siriri>
- ³² siehe <https://goodnews-for-you.de/university-of-peace-in-africa-bildet-friedensbaumeisterinnen-aus/>
- ³³ siehe <http://www.upabp.org/>
- ³⁴ <https://www.sicherheitneudenken.de/html/media/dl.html?v=227855>
- ³⁵ siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/html/media/dl.html?v=221226>
- ³⁶ <https://www.sicherheitneudenken.de/html/media/dl.html?v=227853>
- ³⁷ Dr. Christine Schweitzer, NATO-Ukraine-Russland: Situation und Auswege aus der Sackgasse, BSV-Hintergrundpapier, 8.2.2022, https://www.soziale-verteidigung.de/system/files/infoblatt_ukraine Krise_08022022_web.pdf
- ³⁸ https://www.hsu-hh.de/staackib/wp-content/uploads/sites/757/2021/12/AUFRUF_Raus-aus-der-Eskalationsspirale_05122021-3.pdf

-
- ³⁹ Wilfried Graf, Sabine Jaberg, Christiane Lammers, Jochen Mangold, Angela Mickley, Beate Roggenbuck, Für konsequent friedenslogisches Handeln im Ukraine-Konflikt - Stellungnahme aus der AG Friedenslogik der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, 15. Februar 2022, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/269127/stellungnahme-friedenslogik-zu-ukraine-konflikt--final2.pdf>
- ⁴⁰ Johannes Varwick et al., Raus aus der Eskalationsspirale! Für einen Neuanfang im Verhältnis zu Russland, 5.12.2021, https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/269018/21_12_05_aufruf_raus-aus-der-eskalations-spirale-xxx.pdf
- ⁴¹ Rüdiger Lüdeking, Von Russlandverstehern, kalten Kriegern und Realpolitik, Cicero, 27.12.2021, <https://www.cicero.de/aussenpolitik/nato-erweiterung-von-russlandverstehern-kalten-kriegern-und-realpolitik>
- ⁴² siehe <http://www.mskveraendern.de> sowie <https://www.sicherheitneudenken.de/veranstaltungen/dialog-mit-der-msc/>
- ⁴³ siehe Livestream-Aufnahme auf <https://securityconference.org/publikationen/munich-security-report-2022/>
- ⁴⁴ Martina Fischer (Brot für die Welt, Plattform ZKB), Warum es in der Ukraine-Krise Kooperation braucht, <https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2022-sicherheit-braucht-diplomatie-und-kooperation/>
- ⁴⁵ Michael von der Schulenburg, Wall Street International, 1.2.2022, <https://wsimag.com/de/wirtschaft-und-politik/68460-der-jetzig-ukraine-konflikt>
- ⁴⁶ Reiner Steinweg (ed.), 15 Beispiele Gelungener Kriegs- und Bürgerkriegsprävention, Forum Crisis Prevention e.V. Berlin 2017, <https://sicherheitneudenken.eki-musterhausen.de/html/media/dl.html?v=191548>
- ⁴⁷ Sabine Jaberg, Mythos „Russland hat die europäische Friedensordnung aufgekündigt.“, in: Studiengruppe Europäische Sicherheit und Frieden der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler - Auftakt-papiere zu gängigen Mythen in der Sicherheits- und Friedenspolitik, <https://sicherheitneudenken.eki-musterhausen.de/html/media/dl.html?v=186698>
- ⁴⁸ SND-Zusammenstellung „Die Dysfunktionalität militärischer Gewalt in Bezug auf die Erreichung nachhaltiger außen- und sicherheitspolitischer Ziele - Kritische Stimmen aus Wissenschaft und Praxis zur Effektivität militärischer Interventionen im Ausland“ 2021, <https://www.sicherheitneudenken.de/html/media/dl.html?v=233940> – siehe auch <https://www.sicherheitneudenken.de/zivile-sicherheit-ist-wirksam/mythos-wirksamkeit-militaerischer-interventionen/>
- ⁴⁹ <https://www.welt.de/politik/ausland/video233478298/US-Praesident-Abzug-aus-Afghanistan-Joe-Biden-wendet-sich-mit-Rede-an-die-Nation.html>
- ⁵⁰ High-Level Independent Panel on United Nations Peace Operations (HIPPO) „Uniting Our Strengths for Peace – Politics, Partnership and People“: http://peaceoperationsreview.org/wp-content/uploads/2015/08/HIPPO_Report_1_June_2015.pdf
- ⁵¹ Peter Rudolf, Sind Militäreinsätze erfolgreich? Zur Evaluation von Militäreinsätzen, EKD-Lesebuch 2019, <https://sicherheitneudenken.eki-musterhausen.de/html/media/dl.html?v=186694>
- ⁵² Yall, Jason / Wilson, Isaiah (2009): Rage against the Machines: Explaining Outcomes in Counterinsurgency Wars, in: International Organization 63, S. 67–106.
- ⁵³ Downes, Alexander B. / Monten, Jonathan (2013): Forced to Be Free? Why Foreign-Imposed Regime Change Rarely Leads to Democratization, in: International Security 37, S. 90–131.
- ⁵⁴ SIPRI (2016): Yearbook 2016. Stockholm: Oxford University Press, S. 118.

⁵⁵ Dr. Barbara Müller, Prof. Dr. Berthold Meyer et al., Lehren aus Afghanistan - Zehn Thesen und ein Plädoyer, in Wissenschaft & Frieden 2010-3: Afghanistan: Krieg ohne Ende, Seite 37–38, <https://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=1639>

⁵⁶ Dr. Hans-Georg Ehrhart: Mythos „Robuste Militärinterventionen können dabei helfen, Konflikte im Globalen Süden zu lösen.“, in: Auftakt-papiere zu gängigen Mythen in der Sicherheits- und Friedenspolitik Auftakt-papiere zu gängigen Mythen in der Sicherheits- und Friedenspolitik, VDW-Studiengruppe Europäische Sicherheit und Frieden, <https://sicherheitneudenken.eki-musterhausen.de/html/media/dl.html?v=186698>

⁵⁷ Krause, Dan: "Stabilisierung im Treibsand? - Von Illusionen, Fehlern und Erfolgsbedingungen westlicher Stabilisierungsbemühungen", in: Zeitschrift für Innere Führung der Bundeswehr (if - Heft 03/2020), <https://www.bundeswehr.de/resource/blob/272208/bac1b28cafc61e816aab5dae46c29fa4/if-zeitschrift-fuer-innere-fuehrung-03-2020-data.pdf>

⁵⁸ siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/250808/kommentar-tagesschau.de-09.11.2021-zu-9-11.pdf>

⁵⁹ Christoph Zürcher, Meta-Review of Evaluations of Development Assistance to Afghanistan, 2008 – 2018, Chapeau Paper März 2020, <https://www.sicherheitneudenken.de/html/media/dl.html?v=198198>

⁶⁰ siehe <https://sicherheitneudenken.eki-musterhausen.de/html/media/dl.html?v=187691>

⁶¹ <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/250626/aus-afghanistan-lernen-ausgewaehlte-zitate-september-2021.pdf>

⁶² siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/250810/hilfsorganisationen-ziehen-vernichtende-bilanz-des-xkriegs-gegen-den-terrorx-bz-09.09.2021.pdf>

⁶³ siehe <https://www.ekiba.de/html/media/dl.html?i=188005>

⁶⁴ siehe <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8449/>

⁶⁵ <http://www.sicherheitneudenken.de/news.phtml?id=47607>

⁶⁶ Norwegisches Institut für Internationale Angelegenheiten: http://www.un.org/pga/70/wp-content/uploads/sites/10/2016/01/NUPI_Report_2_16_Stamnes_Osland.pdf

⁶⁷ Radikal-Umbau des Bundesheers - Cyberdefense und Katastrophenschutz als Hauptaufgaben. Militärische Landesverteidigung wird auf ein Minimum reduziert, Wiener Zeitung 24.06.2020, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2065365-Radikal-Umbau-des-Bundesheers.html>, ge-griffen am 17.02.2022

⁶⁸ Rudolf Hamann, Volker Matthies, Wolfgang R. Vogt, Deutsche Soldaten in alle Welt? Zur Problematik einer militärischen Instrumentierung der deutschen Außenpolitik, in: Wissenschaft & Frieden 1994-4, <https://wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=1067>

⁶⁹ Chenoweth, Erica; Stephan, Maria J. (2011): Why civil resistance works. The strategic logic of nonviolent conflict. New York, NY – dt. Zusammenfassung auf <http://www.ekiba.de/html/media/dl.html?i=86547> sowie Chenoweth, Erica, Stephan, Maria, How the world is proving Martin Luther King right about nonviolence, Washington Post vom 18. Januar 2016, <https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2016/01/18/how-the-world-is-proving-mlk-right-about-nonviolence/>, ge-griffen am 24.01.2020 um 10:37 Uhr

⁷⁰ Reiner Steinweg (ed.), 15 Beispiele Gelungener Kriegs- und Bürgerkriegsprävention, Forum Crisis Prevention e.V. Berlin 2017, <https://sicherheitneudenken.eki-musterhausen.de/html/media/dl.html?v=191548>

⁷¹ Ralf Becker, Stefan Maaß, Christoph Schneider-Harpprecht [Hg.], Sicherheit neu denken. Von der militärischen

zur zivilen Sicherheitspolitik - Ein Szenario bis zum Jahr 2040, Evangelische Landeskirche in Baden 2018, siehe <https://www.sicherheitneudenken.de>

⁷² Bisher sind Übersetzungen ins englische, französische, niederländische, polnische und russische veröffentlicht, siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/html/content/international7217.html>

⁷³ siehe https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/238498/stellungnahme_umsetzungsbericht_leitlinien_beirat_zivile_krisenpraevention_2021_03_31-1_1.pdf

⁷⁴ siehe https://pzkb.de/wp-content/uploads/2021/05/positionspapier_demokratie_braucht_den_konstruktiven_umgang_mit_konflikten.pdf